

Eübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der „Eübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechseckige Postkarte oder deren Raum 35 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pf., ausdrückliche Anzeigen 45 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, höhere später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 58.

Sonnabend, den 9. März 1918.

25. Jahrg.

Ost und West.

Von Richard Gädke.

Nun ist wohl nicht nur mit der Ukraine, sondern auch mit Groß-Rußland der Krieg beendet, wenn auch die Ratifizierung des Friedens mit dem Sewjet in Petersburg noch aussteht. Doch ist daran nicht zu zweifeln, sofern dort nicht eine neue Umwälzung bevorsteht. Im übrigen wird keine neue Regierung an dem Ergebnis etwas ändern können, da der kurze zwölfstägige Feldzug vom 19. Februar an bewiesen hat, dass Russland kein kampffähiges Heer mehr besitzt. Der erbitterte Widerstand, der an einzelnen wenigen Stellen unserer Vordringen noch entgegengesetzt wurde, so bei Pskow und bei Rjotschiza, kann an diesem Urteil nichts ändern. Im allgemeinen haben schon die Spitzen des deutschen Heeres genugt, das Land zu säubern, das wir besetzen wollten. Als Reiter, als Radfahrer, auf Kraftwagen und selbst auf der Bahn wurden sie vorgeworfen, und vor geringen Stärken wichen die großrussischen Truppen oder gaben sich gefangen. Besonders hoch ist die Zahl der Offiziere und der höheren Stäbe, die es verzogen, sich nach Deutschland in Sicherheit zu bringen. Das allein zeigt, wie vollkommen zertrüttet und zermurkt das russische Heer war, und wie seine Sehnsucht nach einem Frieden um jeden Preis ging. Mit dem Kriege wollten sie ein Ende machen, um sich — sei es als Arbeiter, Bauern, Kadetten, Reaktionäre — der Ordnung ihrer häuslichen Verhältnisse widmen zu können. Die gewaltige Mehrzahl der Bauern trieb wohl besonders ihr Landhunger nach Hause. Esten, Polen und Ukrainer machten mit unseren Truppen gemeinsame Sache; sie wollten Ordnung und Sicherheit ihres Lebens und Eigentums haben.

Es wird eine für alle Zeiten denkwürdige Erinnerung bleiben, wie diese Truppen, die sich im Bürgerkriege zum Teil noch recht gut und selbst erbittert geschlagen haben, den Kampf gegen den äußeren Feind ohne weiteres aufgaben. Ein tiefes Gefühl von Hoffnungslosigkeit hat sich über das bei allen seinen Schwächen einst so tapfere Heer gesetzt, ein Seelenzustand, der dem Slawen eigentlich zu sein scheint und ihn einst schon auf Hunderte von Jahren in die Knechtschaft der Tataren geführt hatte.

Über den Frieden selbst ist vom militärischen Gesichtspunkte aus nicht viel zu sagen; er entspricht im allgemeinen den Forderungen der Mittelmächte, die bereits bekannt waren, enthält aber noch einige Verschärfungen. Estland und Livland sind tatsächlich wohl gleichfalls als vom russischen Kaiserreich losgelöst zu betrachten, wenn es auch im Vertrag nicht ausdrücklich ausgesprochen worden ist. Die Grenze von Livland wurde um etwas nach Osten verschoben und umfasst Randgebiete der Gouvernements Pskow und Witebsk. Die Grenze von Litauen steht so ziemlich nach allen Richtungen hin fest — das einzige der neuen Staatsgebilde, dessen Gebietsumfang sich bereits übersehen lässt. Da Russland verpflichtet ist, seinen Frieden mit der Ukraine zu machen, so wird dies nach Norden und Osten hin wohl alle Räume erhalten, auf die sie Anspruch macht; da sind die Gouvernements Kiew, Wolhynien, Podolien, Cherson, Poltawa, Tschaterinoslaw, Charlkow — oder ein Gebiet, das mit seinen 455 000 Quadratkilometern nur etwa um die Größe von Bayern und Württemberg hinter dem Flächeninhalt des Deutschen Reiches zurückbleibt und 26 Millionen Einwohner hat. Nach Südosten ist seine Grenze aber noch unsicher, die Krim gehört nicht dazu und über die Küste besitzt das neue Staatswesen noch keine Herrschaft. Nach Westen und Norden tritt dem Gebiet aber noch der größere Teil des Gouvernements Cholm hinzu, das die Russen 1909 von dem Generalgouvernement Warschau abgetrennt hatten, ferner ein Teil des Gouvernements Grodno, die südliche Hälfte des Gouvernements Minsk und der Südzipfel des Gouvernements Mohilow, vielleicht noch 70 000 Quadratkilometer und 25 Millionen Einwohner. Ob alle diese Provinzen nur von Ukrainern bewohnt werden, ist strittig. Über das Gouvernement Bessarabien (45 000 Quadratkilometer, 2,5 Millionen Einwohner) enthält der Friedensvertrag keine Bestimmungen, vorläufig sind in seinem Nordteil unsere Verbündeten, in die Mitte und den Süden Rumänen eingerückt, und die letzteren kämpfen mit großrussischen Truppen, die ihnen in jüngster Zeit Niederlagen beigebracht haben wollen.

Militärisch wichtig ist noch die Bestimmung des Friedensvertrages, die Russland zur Rückgabe der transkaukasischen Bezirke Batum, Ardahan, Kars an die Türkei verpflichtet; sie waren ihr im Jahre 1877/78 abgenommen worden. Besonders die Auslieferung von Kars, dessen Eroberung mit sturmender Hand eine der glänzendsten Waffentaten des russischen Heeres in jenem Feldzuge war, wird diesem recht schmerzlich sein. Es ist nicht zu verkennen, dass der Gewinn dieser Grenzbezirke nicht nur das Selbstgefühl und das Ansehen unserer türkischen Bundesgenossen steigern, sondern die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit Armeniens vermehren wird. Sie haben hier einen recht erheblichen strategischen Vorteil erzielt, dessen Bedeutung noch größer werden wird, wenn dieses lange vernachlässigte Gebiet durch Bahnen mit Kleinasien, mit Mesopotamien und mit Konstantinopel verbunden sein wird. Es wird nur von ihnen abhängen, einem neuen Kriege mit Russland weit besser vorbereitet und gerüstet entgegentreten zu können.

Aus dem Wortlaut des Friedensvertrages lässt sich folgern, dass wir noch eine gewisse Zeit hindurch ansehnliche

Streitkräfte zur Sicherung des Ostens verwenden werden; vielleicht um so mehr, je weniger sicher es ist, ob die Bolschewiki seine Bestimmungen respektlos werden erfüllen können. Aus diesem Grunde wohl behalten wir bis zur völligen Demobilisierung Russlands auch die weiten Gebiete besetzt, die wir in dem zwölfstägigen Feldzuge hinzugewonnen haben. Dagegen dürfen wir nach einem Schreiben des Reichskanzlers an den Ministerpräsidenten Holubowitsch der ukrainischen Republik annehmen, dass wir die der Ukraine zur Hilfe gesandten Truppen baldmöglichst zurückzuziehen gesonden.

Auch mit Rumänien wird der endgültige Friede voraussichtlich in kurzer Frist zustande kommen und wird uns gestatten, auch über einen Teil der dort stehenden deutschen Truppen zu beliebiger Verwendung zu verfügen. In strategischer Hinsicht wird aber der Hauptwert der Umsiedlung des Ostens vielleicht weniger noch in dem unmittelbaren Zuwachs an Streitkräften für die großen Entscheidungen im Westen bestehen als in der Flüssigmachung unserer großen heimischen Hilfsquellen an Mannschaften und Kriegsgerät für den uns alleine noch verbleibenden Kriegsschauplatz. Unsere östlichen Truppen werden voraussichtlich nur noch einen ganz geringfügigen Erfolg bedürfen, es steht also noch zu in voller Stärke für den Westen zur Verfügung. Auch die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen aus dem Osten wird nicht ganz bedeutungslos sein; es ist daher erklärlich, dass unter den Gründen für das Eingreifen Japans im Osten auch der Wunsch genannt wird, wenigstens die in den Amurprovinzen und in Transsibirien untergebrachten Kriegsgefangenen möglichst zurückzuhalten — was ihm hoffentlich nicht gelingen wird.

Sehr wertvoll für uns ist die unermessliche Beute an Geschützen, Maschinengewehren, Schießbedarf und Kriegsgerät aller Art, die unsere Truppen in ihrem letzten Feldzuge gemacht haben, und vielleicht ebenso wesentlich die Aussicht, von der Ukraine Getreide und andere Lebensmittel zu erhalten. Unsere Truppen sind ja mit Aufgebot aller Kräfte bemüht, die betreffenden Bahnhöfe gebrauchsfähig herzustellen; rollendes Material an Lokomotiven und Wagons ist in reicher Menge in ihre Hand gefallen, und ein Teil davon wird sicher verwendbar oder in kurzer Frist herzustellen sein. Ich brauche nicht, wie schon öfter, nochmals zu betonen, dass auch die wirtschaftliche Erleichterung, die uns der Frieden im Osten hoffentlich bringen wird, sich ohne weiteres in einer Steigerung unserer kriegerischen Stärke nach dem Westen hin bemerkbar machen muss.

Hier wird die unruhvolle Spannung der Fronten immer größer; kein Tag vergeht, ohne kleinere oder größere Vorstöße von der einen oder der anderen Seite, vielfach entstehen sehr heftige Kämpfe daraus, die mit einer beträchtlichen Steigerung des Geschützfeuers verbunden sind. Ein besonderer Mittelpunkt dieser Gefechtsfähigkeit, die sich über die ganze Front vom Kanal bis zur Schweiz erstreckt, ist mit Sicherheit nicht festzustellen. Doch war in der letzten Zeit die Pierfront und das Gebiet der Champagne vom Rhein-Marne-Kanal bis zu den Argonnen zunehmend lebhaft. Hier ist es unseren Truppen gegückt, die Gräben von Tahure, die sie am 13. Februar verloren hatten, am 1. März wieder zu stürmen und gegen die Franzosen zu behaupten. Auch der französische Bericht gesteht untern Erfolg ein. Von Zeit zu Zeit reden unsere Gegner immer noch von einer englisch-französischen Offensive; mit ihrer Möglichkeit müssen wir selbstverständlich rechnen, denn wir dürfen die Streitkräfte und Kriegsmittel, die sie im Laufe des Winters angehäuft haben, keineswegs gering veranschlagen. Andersseits verrät sich doch auch eine zunehmende Spannung gegenüber einer deutschen Offensive, mit der sie sich seit vier Monaten eingehend beschäftigen. Die stolzen Worte Tochs und Clemenceaus: „Durch kommen sie nicht.“ wollen wir lassen ihren sonstigen zahllosen Prophezeiungen in diesem Kriege hinzutrechnen. Bis jetzt ist auch nicht eine davon eingetroffen.

Was der Krieg bringt.

Die Heeresberichte.

WTB. Berlin, 8. März, abends. (Amtlich.)
London, Margate und Sheerness wurden in der Nacht vom 7. zum 8. März von mehreren Flugzeugen mit Bomben angegriffen. Gute Wirkung war zu beobachten.
Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wien, 8. März. (Amtlich.)
Es ist nichts Besonderes zu melden.

Ein Sonderfrieden mit Finnland in Sicht?

Aus Brüssel wird unterm 8. März folgendes gedruckt: Generalgouvernement v. Falkenhäuser empfing heute nachmittag die Bevollmächtigten des Rates v. Flandern und nahm von ihnen die Mitteilung von der Neubildung des Rates entgegen. Se. Exzellenz erwies hierauf in folgender Ansprache:

„Meine Herren! Ich danke Ihnen für Ihre Mitteilung, die Sie mir lieblich über das Ergebnis der Neuwahl zum Rat von Flandern machen, und beglückwünsche Sie zu Ihrem Erfolge. Ich nehme die Gelegenheit wahr, Ihnen folgendes zu sagen: Den vielbescherten Erfolg des Rates von Flan-

dern vom 22. Dezember 1917 lasse ich dahin auf, dass sie erneut den unerschütterlichen Willen bekunden, das finnische Volk von dem Druck der Verwaltung zu befreien. Im Einvernehmen mit der Reichsleitung kann ich Sie versichern, dass der Reichskanzler und ich noch wie vor auf dem Boden der Erklärung des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg vom 3. März 1917 stehen, der seinerzeit ihrer Abordnung versicherte, das Deutsche Reich bei den Friedensverhandlungen und über den Frieden hinaus werde alles tun, was dazu dienen kann, die reale Entwicklung des finnischen Volkes zu fördern und sicherzustellen. Im Verlaufe der Erklärungen des Reichskanzlers vom 3. März 1917 wurde eine Gewaltzuwendung durchgeführt mit dem klaren politischen Ziel, dem finnischen Volke zu der Selbstständigkeit zu verhelfen, wie sie seiner Volkszahl und seiner besonderen Kultur, seiner ruhmvollen Geschichte entspricht. So wie es vor dem Kriege um die finnische Sache und um Belgien stand, stellt mir, dass es nicht wieder werden soll, kaum möglich der Austrichtung eines freien, von dem welschen Drucke befreiten und wahrhaft verständigen Staates dem alten, großen Ziel der finnischen Bewegung auch weiterhin alle Ihre Bestrebungen gewidmet sein. Der warme Sympathie des deutschen Volkes und der Unterstützung seiner Regierung bürsten Sie sich dabei verachtet. Die Mittel, wodurch Flandern die Selbstständigkeit nach dem Friedensschluss gesichert werden soll, jetzt schon zu bestimmen, wäre verkehrt. Das muss den Friedensverhandlungen vorbehalten bleiben. Die Selbstständigkeit grundlegend zu beeinflussen, wird vor allen Dingen auch die Sache des finnischen Volkes selbst sein. Flanderns Volk wird erkennen müssen, dass sich jetzt oder nie ihm die Möglichkeit bietet, die Grundlagen für jene Selbstständigkeit zu schaffen, auf die es einen unverzichtbaren Anspruch hat. Ihre Aufgabe, meine Herren, in den nächsten Minuten wird darin zu bestehen haben, das finnische Volk — einerlei ob der Einzelne oder der gesamte finnische Volk — nicht — auf die große Entscheidung vorzubereiten.“

Diese Mitteilungen sind noch rechtlich schleierhaft, lassen aber doch erkennen, dass dem finnischen Teil Belgiens ein ähnliches Selbstbestimmungsrecht angewandt werden soll, wie es den Randländern im Osten bekennt durch den Frieden von Brest-Litowsk zugesagt worden ist. Wenn schon diese Regelung der Oststrategie lebhafte Voraussetzung um den künftigen Westfrieden ausgelegt hat, so würde das bei einer solchen „Lösung“ der belgischen Frage erst recht der Fall sein. Oder glaubt man etwa, dass die verhüllte Drohung mit der Teilung Belgiens die belgische Regierung gesügig machen soll, Herrlings Auseinandersetzung zu leisten?

Bonar Law über die Kriegskredite und die militärische Lage.

Im englischen Unterhause erfuhr Bonar Law um Gewährung eines neuen Kredites von 600 Millionen Pfund Sterling. Er erklärte, die durchschnittlichen täglichen Kriegsausgaben von Anfang des Jahres bis zum 9. Februar betragen 6 557 000 Pfund Sterling. Augenblicklich betrugen die Ausgaben 15 1/2 Millionen mehr als die Schätzung. Man erwarte, dass die Nationalschuld Ende des Jahres nicht mehr als 5900 Millionen, einschließlich 1600 Millionen Pfund Sterling als Vorschüsse an die Alliierten und Dominien betragen werde.

In seiner weiteren Rede gab Bonar Law eine Übersicht über die militärische Lage an den verschiedenen Fronten. Er behandelte zuerst die Nebenfronten Palästina, Mesopotamien und Saloniki und verweilte dann bei der Situation an der Hauptfront: der Westfront. Russlands Ausfall aus dem Krieg der Alliierten, so sagte er, sei von einem Eindruck auf allen Kriegsschauplätzen gewesen. Russlands Erfolg im Kriege sei vollkommen vom Zusammenwirken mit Russland abhängig gewesen. Dass Russland nicht weitergefämpft habe, brachte Rumänien in eine fast tragische Lage. Die Umstände hätten es England fast absolut unmöglich gemacht, Rumänien zu helfen. Hinsichtlich Mesopotamien und Palästinas verwies Bonar Law auf die zwei Theorien: auf die sogenannte entscheidende Front und auf die weniger wichtige Front. Es wäre, so meinte er, keine Rede von der einen oder anderen Theorie, es müsse Rechnung mit dem gehalten werden, was die militärische Situation ermöglichte. Er zweifelte daran, ob es je möglich gewesen sei, entscheidende Operationen mit Truppen durchzuführen, die über das Meer zugeführt werden. Kein befugter Soldat oder Bürger habe je gesagt, dass es für das englische Reich möglich sei, sich den Ereignissen im Osten zu entziehen. Auf die Operationen in Palästina könne England mit Recht stolz sein. Der Fall Jerusalems habe die ganze Welt gerührt; dieser Höhepunkt sei aber noch nicht das Ende des Feldzuges. Ein großer Fehler würde es jedoch sein, die Einnahme von Jerusalem als einen rein politischen oder moralischen Erfolg zu betrachten. Zu den Operationen an der Salonikifront erklärte er, dass die Lage dort für die Alliierten gefährlich werden könnte, da die Mittelmächte eine große Macht dorthin hätten senden können, der die dort befindlichen Truppen der Entente unmöglich die Stirn zu bieten vermochten. Über Deutschlands Menschenmaterial sei auch nicht unerschöpflich; es könne nicht alles auf einmal tun. Zur Rechtsfertigung der Expedition erklärte er, dass, wenn die Alliierten nicht aufgetreten wären, König Konstantin

heute noch auf dem Throne sitze und die Habsen Grechenslands den deutschen U-Booten offen ständen und infolge der U-Boote es — nach dem Urteil der Sachverständigen — dann fast unmöglich wäre, den Handel mit dem Osten zu unterhalten. Über die Lage im Westen sprechend, sagte er: Ich glaube, daß der Krieg in dem abgelaufenen Jahre zu unserem Gunsten beendigt worden wäre, wenn die Ereignisse in Russland nicht stattgefunden hätten. Was dort geschehen ist, ist ein furchtbare Schlag für die Alliierten, aber Deutschland ist dem Siege noch keinen Schritt näher gekommen, nach dem es verlangt. In seiner weiteren Rede erklärte Bonar Law: Die Ereignisse in Russland haben die Lage unserer Feinde sehr verbessert und die Lage an der Westfront vollkommen verändert. Während der letzten Monate sind nicht weniger als 30 Divisionen nach der Westfront gebracht worden. Über selbst trost dieser Verstärkungen haben wir, was Mannschaften und Geschütze anbetrifft, wenigstens ein kleines Übergewicht. Es ist unmöglich zu sagen, welche Truppen nun noch aus Russland nach der Westfront gebracht werden können. Es sei möglich, daß österreichische Truppen nach der Westfront gebracht würden. Die Offensive müsse kommen, aber er persönlich glaube nicht an eine deutsche Offensive. Das Hauptquartier sei aber trotzdem in Erwartung einer solchen, während die Bataillons- und Kompaniekommandanten der Meinung seien, daß die Deutschen nicht zu einer Offensive übergehen würden. Bei der Besprechung der Lage müsse jedoch noch auf einen Faktor von der größten Bedeutung hingewiesen werden, nämlich auf Amerika. Doch inwieweit die Hilfe Amerikas die Alliierten erreichen werde, hänge von dem Erfolge der Operationen der Alliierten zur See ab. Die Admiralität erklärte, daß der englische Schiffsbau am Ende des zweiten Quartals dieses Jahres den Verlust übertreffen werde. Jemand aus den alliierten Ländern hätte dieser Tage zu ihm gesagt, daß ihm erzählt worden sei, daß der Feind in England im Kriege schwächer geworden wäre. Er glaube das nicht. Es sei natürlich wahr, so meinte er, daß das Landesmüde sei, aber in seinem Herzen wisse das Volk Englands, was die Niederlage in diesem Kriege für die Nation bedeutet.

Diese Rede steht in ihrer Form ganz wesentlich von den bisher gehabten ab: sie ist auf den ruhigen Ton gekennzeichnet. Doch das Aussehen Russlands für die Entente ein schwerer Schlag war, ist klar. Leider aber scheint man hieraus noch nicht die rechten Konsequenzen ziehen zu wollen. Diese Konsequenzen müssen den Herrschenden erst durch die Völker aufgezwungen werden.

Asquith über Herrlings Rede.

Vor der Wahlversammlung in Cuxhaven (Schottland) hielt Asquith eine Rede, in der er nach Bezugnahme auf das russische Chaos Herrlings grundfeste Annahme der vier Prinzipien Wilsons mit den Fazit und auferlegten Bedingungen verglich. Diese leiten nicht die Bedingungen eines Friedens, sondern die einer Kapitulation und ebenso hat sie demütigend, wie sie nur in der Geschichte gefunden werden könnten. Man wisse nicht, ob man über den Zynismus überreicht sein möchte, oder über die Leichtsinnigkeit, daß ähnliche Bedingungen die Basis für einen dauernden Frieden bilden könnten.

Das russische Zentralvollzugskomitee genehmigt den Friedensvertrag.

Russland wird gemeldet: Das Zentralvollzugskomitee der Sowjets hat den Friedensvertrag mit großer Stimmenmehrheit genehmigt. Es trug den Mitgliedern, die sich zu dem Kongress in Moskau begeben, auf, für die Ratifizierung des Vertrages zu stimmen.

Auf jeden Fall wogen politischer Meinungsverschiedenheiten mit den Volkskommunisten zu ratigen.

Die Alandsinseln.

Nach einer Meldung aus Warsa besiegte der finnische Senat zur Bedeutung seiner Oberherrschaft über Aland, die gesamten Inseln zu einem besonderen finnischen Regierungsbezirk zu erklären. Er ernannte gleichzeitig einen Regierungspräsidenten und einen Landessekretär.

Das japanische Abenteuer.

In Sibirien scheint noch immer in der Luft. Nach einer halbamtlichen Meldung der "Associated Press" aus Washington haben sich Japan und seine Verbündeten auf den Grundschluss geeinigt, daß, wenn sie deutscher Einflug in Sibirien in irgendlicher Weise gestellt macht und eine unmittelbare Gefahr für den Verlust an Kriegsschiffen bestände, Japan bereitzt sein sollte, militärische Maßnahmen zu ergriffen, um seinen Verpflichtungen gemäß den Frieden im Fernen Osten für die Dauer des Krieges zu erhalten. Keinerlei Verschiedenheiten bestehen darüber, ob Japan bei einer solchen Unternehmung unterstützt werden soll. Die beteiligten Staaten erteilen keine formelle Zustimmung zu den Plänen Japans, aber die Lage Japans findet volles Verständnis. Wenn Amerika nicht förmlich zustimmt, so wird das keine ungünstige Einwirkung auf die beiderseitigen Beziehungen haben.

Diese Meldung liegt im Gegensatz zu früheren recht eigenartig. Man sieht hier noch völlig im Dunkeln.

Wie die "Morning Post" aus Tokio zu berichten weiß, sind fünf Jahrestassen der japanischen Marine eingeschossen worden.

Eine Ministerkrise.

In Spanien und Portugal ausgebrochen. In Spanien hat der Kabinettsminister wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem konservativen und dem demokratischen Ministerkabinett seine Demission eingereicht. — Und in Portugal lehnten die unionistischen Minister es ab, dem allgemeinen Stimmrecht für die Präsidentenwahl ihre Zustimmung zu geben. Insolgedessen trat die Ministerkrise aus.

Der Krieg auf den Meeren.

U.S. Berlin, 8. März. (Austral.) Neue U-Bootsfolge im Sperrgebiet um England: 1850 Bootsaufgaben. Von den versetzten Schiffen wurden zwei beschädigte Dampfer im Suez-Kanal aus einem großen Hafen gefangen. Geleitzug herausgeschossen.

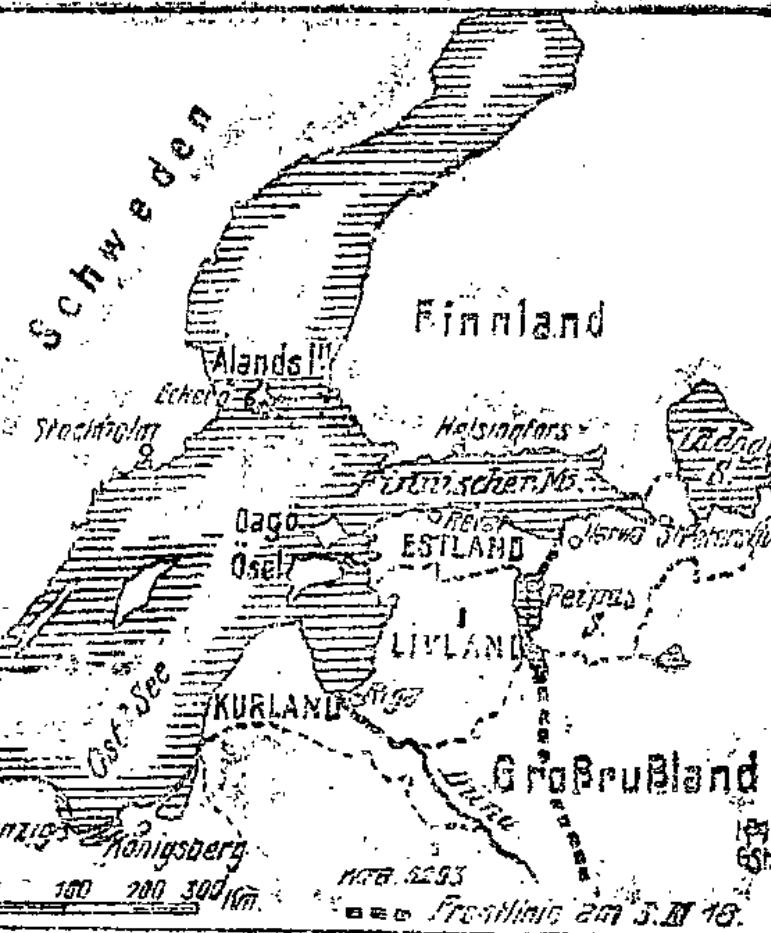
Der Chef des Admiraltäters der Marine.

Das preußische Wahlrecht.

Der Beschlussantrag des preußischen Abgeordnetenkamtes hat am Freitag die Wahlrechtsvorlage in einer Sitzung mit Ausnahme derjenigen Paragraphen zu Ende bereitet, die nur auf die Wahlkreisenteilung beziehen. Neben

Skizze zur Operation zur Unterstützung Finnlands

Stand am 5. II. 18.



diese Paragraphen soll erst Ende nächster Woche Beschluß gefaßt werden, wenn der Unterausschuss, der gleichzeitig die Frage der Einführung der Verhältnismäler prüft, in der Lage ist, seinen Bericht zu erstatten. Die von uns bereits mitgeteilten Anträge auf Einführung der Wahlpflicht und Unfehlung ständiger Wählerräten wurden angenommen.

Die Debatte wandte sich dann zu dem dritten Gesetzentwurf, der eine Änderung einiger Bestimmungen der Verfassung vorlegt. Es handelt sich um die Artikel 62 und 99. Artikel 62 soll dahin geändert werden, daß dem Herrenhaus bei der Staatsberatung größere Rechte eingeräumt werden als bisher. Artikel 99 soll einen Zusatz erhalten, der die Regierung ermächtigt, wenn bis zum Schluß eines Rechnungsjahres der Staat für das folgende Jahr nicht zu Ende gekommen ist, bis zu seinem Inkrafttreten alle Ausgaben zu leisten, die zur Errichtung gelegentlich bestehender Einrichtungen oder zur Durchführung gelegentlich beschlossener Maßnahmen erforderlich sind, ferner die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Staates zu erfüllen und endlich Bauten und Beschaffungen fortzusetzen, für die durch den Staat des Vorjahrs bereits Bewilligungen stattgefunden haben, sowie unter der gleichen Voraussetzung Bauten und Beschaffungen weiter zu gewähren.

Zur Begründung des Gesetzentwurfes führte der Finanzminister aus, daß es sich darum handle, dem Herrenhaus größere Rechte einzuräumen, in früherer Zeit, wo dieselben Leute, die Steuerprivilegien oder andere wertvolle Privilegien besaßen, in der Hauptstube im Herrenhaus vertreten waren, sei es begründet gewesen, das Staatsrecht des Herrenhauses so erheblich einzuschränken. Jetzt aber könne man ihm eine erweiterte Zuständigkeit geben.

Im allgemeinen wurde der Standpunkt der Regierung gebilligt. Dem Zentrum ging die Befürchtung, die dem Herrenhaus eingeräumt werden soll, nicht weit genug, es forderte die Aufnahme einer Bestimmung, nach der, wenn die Erste Kammer den Beschlüssen der Zweiten nicht beitrete, nach vorangegangener Beratung in einem aus Mitgliedern beider Kammern gebildeten Verständigungsausschuß die Abstimmung über den Staat in einer vereinigten Sitzung beider Kammern stattfinden müßt. Erst nach dieser endgültigen Beschlusffassung soll die Abstimmung der Ersten Kammer über den Gesamthaushalt erfolgen. Dieser Antrag wurde abgelehnt und die Vorlage unverändert gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittsler und Polen angenommen.

Ein sozialdemokratischer Antrag fordert die Aufnahme einer Bestimmung nach englischem Muster, wonach, wenn ein Gesetzentwurf in zwei aufeinanderfolgenden Sitzungen vom Abgeordnetenhaus angenommen, vom Herrenhaus aber abgelehnt oder nicht zur Beratung gestellt wurde, er dem Könige ohne Rückfrist auf das Herrenhaus zur Genehmigung vorgelegt wird, und wenn er die Genehmigung des Königs erhalten hat, als rechtsverbindliches Gesetz gilt. Gegen diesen Antrag wendeten sich Nationalliberalen und Konservative, während die Fortschrittsler sich mit der Tendenz einverstanden erklärten. Zur Abstimmung kam es noch nicht.

Am Sonnabend werden die weiteren zu diesem Gesetzentwurf vorliegenden Anträge beraten. Es sind dies in erster Linie Anträge des Zentrums, die eine gesetzliche Festlegung der konfessionellen Volksschule verlangen. Im einzelnen soll dem Artikel 14 ein Absatz angefügt werden:

Die der evangelischen und der römisch-katholischen Kirche betreffend ihres Verhältnisses zum Staat in den geltenden Gesetzen zuerkannten Rechte werden gewährleistet."

Weiter soll Artikel 26 folgenden Zusatz erhalten:

Der konfessionelle Charakter der öffentlichen Volksschule wird entsprechend den Bestimmungen der §§ 33—42 des Volksschulunterhaltungsgesetzes gewährleistet."

Zur Sicherung soll endlich eine Bestimmung in Artikel 167 aufgenommen werden, wonach die Verfassung aus dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung abgeändert werden kann, wenn in jeder Kammer eine Stimmenmehrheit von Dreidritteln vorhanden ist. Es handelt sich, wie ein Zentrumsobergeordneter aufwies, nicht darum, den bestehenden Zustand zu ändern, sondern ihn zu ändern gegen eine radikale Politikvertretung.

Ingerdem liegt noch ein schriftlicher Antrag vor, der bis zu einem gewissen Grade eine Auflösung des Herrenhauses vorstellt und ein neu eingegangener freikonservativer Antrag, monach über Einsprache gegen die Gültigkeit der Wahl der Landtagsmitglieder des Oberverwaltungsgesetzes entscheiden soll.

Diese Anträge werden vorerst am Sonnabend erledigt werden. Dann wird die Kommission noch einmal Ende nächsten Woche zusammenkommen, um den Bericht des Untersuchungsausschusses über die Wahlkreisenteilung und die Verhältnismäler einzugehen. Die zweite Lesung in der Kommission soll nach der Abstimmung der Mehrheit alsdann erst nach Osten stattfinden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Patriotismus des Kapitals.

In den letzten Wochen sind weiten Kreisen der deutschen Arbeitersklasse die schwersten Vorwürfe gemacht worden. Sogar des Landesvereins hat man sie bezichtigt. Fast zu gleicher Zeit ist in der "Deutschen Zeitung", die bekanntlich mit dem Gelde deutscher Schwerindustriellen gegründet worden ist, ein Artikel erschienen, dessen Inhalt ein sehr merkwürdiges Licht auf den Patriotismus des deutschen Kapitals wirft. Es wird in ihm mit der Abwendung des Kapitals nach einem Verzichtsfrieden gedroht. In dem Blatte wird ausgeführt, ein solcher Frieden würde eine so große steuerliche Belastung mit sich bringen, daß die Kapitälen nach den neutralen Ländern oder den "angehörenden" Staaten, wie Polen, Litauen, Kurland, Livland und Estland auswandern würden. Denn diese Staaten — so wird in der "Deutschen Zeitung" offen dargelegt — hätten nicht große Schulden und sie würden dem Großkapital ein weites fruchtbares Feld der Betätigung bieten. Das ist deutlich! Ja, die "Deutsche Zeitung" geht weiter ein, daß das mobile Kapital stets nur die Tendenzen habe, sich dorthin zu begeben, wo es am meisten verdient. Wenn früher in Arbeiterkreisen das Wort gefallen ist: "Wo es mir gut geht, da ist mein Vaterland," so ist das als "Vaterlandlos" eingestellt worden. Das Blatt der Schwerindustriellen meint sogar, es besteht auch die Gefahr, daß das mobile Kapital nach England und Amerika auswandere!! Schon vor dem Kriege war ja die Internationalität des Kapitals eine Selbstverständlichkeit. Nur den Arbeitern wurden internationale Bestrebungen verübt. Doch jetzt, wo noch Krieg gegen England und Amerika geführt wird, weiß man auf die Möglichkeit der Auswanderung deutschen Kapitals nach diesen Ländern hin. Und warum? Weil Amerika mit geringeren Schulden aus dem Kriege hervorgehen wird, und weil England nach einem Verzichtsfrieden ein Welt-handelsmonopol erhalten wird, daß ihm einen ungeheuren Handelswert sichern würde. Wie hieß es doch noch vor kurzer Zeit: "Gott strafe England." Und jetzt vergleiche man damit die Darlegungen der "Deutschen Zeitung", des Hauptorgans der Vaterlandspartei!!

Militär und Schule.

Nach dem Kriegsleistungsgesetz müssen die Gemeinden der Militärbehörde, wenn es erforderlich ist, auch Gebäude zur Verfügung stellen. Wie weit im einzelnen falle nun über diese militärische Machtbefugnisse sich auszuwaschen kann, das zeigt folgende Anfrage, die Abg. Stahl (Soz.) im Reichstag eingereicht hat:

"Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Kriegsministerium zwei der Stadt Spandau gehörende Schulen, und zwar die 3. und 12. Gemeindeschule, trotz Weigerung des Magistrats, zu Wohnzwecken für Munitionsarbeiterinnen in Gebrauch genommen hat? Die Stadt fordert gezwungensermaßen zum Ausgleich ihrer Verpflichtungen einen monatlichen Mietpreis von 4000 Mtl. für beide Schulen, der vom Kriegsamt abgelehnt wurde. Durch Einwendung des Kriegsleistungsgesetzes wurden die Schulräume mit Beschluß belagert und wird der Stadt Leinefelde Entschädigung gewährt. Die Militärverwaltung fordert von den einfahrierten 200 Arbeiterinnen der einen Schule einen wöchentlichen Mietpreis von 4 Mtl. Eine Beschwerde des Magistrats gegen dieses Vorgehen beim Kriegsministerium ist zurückgewiesen worden, eine weitere Beschwerde beim Kriegsministerium harrt noch der Erledigung. Trotzdem das Verfahren sich noch in der Schwere befindet und trotz Protestes der Stadtverwaltung wurden in den Schulen baldliche Veränderungen vorgenommen, die die Überführung der Räume zu ihren eigentlichen Zwecken auch nach ihrer Rücknahme durch die Militärverwaltung für längere Zeit unmöglich machen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der Stadt Spandau zu ihrem Rechte zu verhelfen und die offensichtliche Schädigung der Stadt und des Schulunterrichtes zu be seitigen?

Der Duellkunst bleibt.

Auf eine Anfrage der Abg. Erzberger und Triebborn hat der Reichskanzler geantwortet:

"Durch die Allerhöchste Order vom 1. Januar 1897 sind allgemeine Bestimmungen getroffen, um Zweikämpfen von Offizieren vorzubeugen. Sie haben ihr Segenstrich gewirkt. Im Neujahrstage 1918 hat Seine Majestät der Kaiser und König das Offizierkorps erneut zu strenger Schilderung in dieser Beziehung ermahnt. Dadurch ist ein weiterer Fortschritt in der Bekämpfung des Zweikampfes in der Armee erzielt. In der Folge sind im Verhältnis zu der Zahl der Offiziere sehr wenige Zweikämpfe vorgekommen.

Ein Armeebefehl, der den Offizieren den Zweikampf untersagt, würde den gewünschten Erfolg nicht haben, so lange nicht anderweitig ausreichende Garantien für den Schutz der Ehre geschaffen sind."

Der gewundene Rede gründet Sinn ist also der: der Duellkunst bleibt bestehen und der Offizier, der den Duellzwang ablehnt, ist nach wie vor gezwungen, den bunten Rock auszuziehen. Worin mögen die "ausreichenden Garantien für den Schutz der Ehre" geschaffen sein?"

Der gewundene Rede gründet Sinn ist also der: der Duellkunst bleibt bestehen und der Offizier, der den Duellzwang ablehnt, ist nach wie vor gezwungen, den bunten Rock auszuziehen. Worin mögen die "ausreichenden Garantien für den Schutz der Ehre" geschaffen sein?"

Der bayerische Kultusminister gegen die Einschließung. Berechtigung.

In der Kammer der Abgeordneten erklärte sich der Kultusminister von Knilling bei Erörterung der Mittel zur Entlastung der Mittelschulen für die Aufhebung der Einjährigen-Freiwilligen-Berechtigung. Dann könne auch eher daran gedacht werden, für Schüler drei- oder vierklassiger Bürgerschulen den Übertritt in bürgerliche Berufe zu schaffen. Die Entscheidung hängt aber von der Heeresvermehrung ab, und es sei ungewiß, ob diese wegen der Sicherung des Offizieretages auf die Einjährigen-Einrichung verzichten wolle.

Der Gedanke der Beseitigung des Einjährigen-Freiwilligen-Systems greift immer weiter um sich. Es wird und muss sich auch nach dem Kriege Bahn brechen.

Oesterreich-Ungarn.

Die polnischen Sozialdemokraten treten aus dem Polenklub aus. Mit Rücksicht auf den gelungenen Beichttag des Polenclubs, sich der Abstimmung über das Budgetprojekt zu enthalten, gaben noch in einer Sitzung des Polenclubs die polnischen Sozialdemokraten die Erklärung ab, daß sie aus dem Polenclub austreten. Ebenso wurde in derselben Sitzung gleich darauf ein Brief des Abgeordneten Gembinski verlesen, wonach die Nationaldemokraten, das heißt die Altpolen, sich ebenfalls vorbereiten, aus dem Polenclub auszutreten. — Die Sozialisten halten in diesem Polenclub überhaupt nichts verloren.

Der Lübeck und den Nachbargebieten.

Sonnabend, 9. März.

Gold, Juwelen und Patriotismus.

Gleich nachdem vor vier Jahren das gewaltige Verhängnis gekommen war, erging an das Volk die Mahnung: „Gott Gold für Eisen!“ Man glaubte damals an maßgebender Stelle und in witten Volkskreisen annehmen zu dürfen, daß diese Mahnung einen wenigstens eindringlichen befriedigenden Erfolg haben werde. Die offiziellen Goldbankaufstellen entstanden, das nationale Sammelmittel begann. Wer aber Gierigkeit hatte oder sich aus Interesse an der Sache bemühte, näherer Einblicke in diese triegswirtschaftliche Aktivität zu gewinnen, der mußte eine für den militärischen Patrioten lebenswegen erbauliche Erziehung machen: es waren zumeist Leute der Arbeiterklasse und des Mittelstandes, die Ihnen geringen, aber für sie auch viel wertvollen Beispiele an Gold zur Aufschau stellten. Wie viele sogenannte „patriotische“ Leute haben sich da wohl von so manchem in ethischer Hinsicht für sie wertvollen Stil getrennt haben. Und immer wieder ergingen die Aufrufe, Gold und Juwelenbeitrag hinzugeben.

Und wieder lesen wir jetzt in den Blättern Wohnungen der Goldbankaufstellen: Wer noch Gold, Berlin, Juwelen habe, der möge sie durch Verkauf dem Vaterlande geben, denn „Gold und Juwelen gehören jetzt dem Vaterland!“ Und wie so oft schon, wird diese Mahnung auch jetzt wieder begründet mit dem Hinweis auf die schwerwiegende Tatsache: daß das Vaterland Gold für Dedung für die ausgegebenen Banknoten, die Reichsbank Juwelen und Gold gebraucht, um im neutralen Ausland Rohstoffe und Lebensmittel zu kaufen. Es wird eindringlich gehäuft: „Kein guter Deutscher darf jetzt Gold und Juwelen behalten, weil jeder wissen muß, daß wir beides für unsere Rüstung und zum Durchhalten brauchen. Daraum heraus mit dem letzten Gold, mit den Perlen und Juwelen aus den Schränken und Truhen, aus den Schatzkästen der Banken!“

Dieses immer wiederholte Mahnen an die Erfüllung einer materiell-dienlichen Pflicht läßt erkennen, wie es in gewissen und mehrheitlich nicht kleinen Kreisen der sogenannten „besseren und besten Gesellschaft“, die die General- und Edelspäicher seit patriotischer Gesinnung sein wollen, mit dieser Gesinnung, mit dem politischen, nationalen Gemüse in Wirklichkeit bestellt ist. Genau so, wie mit dem sozialen Gemüse, schlecht, sehr schlecht! In diesen Gesellschaftskreisen wird noch ein gewaltig proßer Gold- und Juwelenbeitrag mit einer gewaltig brutalen Selbstsucht und Rücksichtlosigkeit gegen das Vaterland festgehalten. Dieser Besitz hat sich nicht etwa vermindert durch freiwillige Abgabe an die Aufstellungen, nein, er hat sich außerordentlich vermehrt. Und dazu hat ja leider die Reichsgesetzgebung selbst die Hand gehabt.

Als im Reichstage die Frage der Kriegsgewinnbesteuerung zur Entscheidung stand, beantragte die sozialdemokratische Fraktion, auch Kunstmaler aller Art, zu auch künstlerisch wertvollen Gegenstände aus Gold und Juwelen, der Besteuerung zu unterwerfen, um der Steuerentziehung vorzubeugen. Daß die Ablehnung dieses Antrages von Seiten der Reichstagsmehrheit und der Regierung ein unverzeihlicher Fehler war, steht darin alsbald sehr deutlich in die Erinnerung. Die Kriegsgewinner, die Künstlermaler und Gauner verstanden sich sogleich sehr gut darauf, diese Art der gesetzlich gerechte freigegebenen Steuerentziehung zu betreiben. Es sah eine tolle Spekulation mit Gold und Juwelen merten ein, ein unerhörter Bucher mit goldenen Werten griff Platz, worüber unter anderem die Amonitenkästen betr. Aufbau von Gold, Berlin, Juwelen befehlten könnten. Man konnte sich besonders in Berlin und auch in Dresden überzeugen, welche glänzende Geschäfte die Gold- und Juwelenhändler machen. Mit wem? Mit den guten „Patrioten“, die mühsam aus Kriegslieferungen, durch Bücher, Betriebe und Gauner aller Art sich zum schwersten Schaden des Vaterlandes bereichern konnten. Und das alles, während man ausgesetzt zu dringender Weise die offizielle Mahnung erging: „Gott Euer Gold dem Vaterlande!“

Die neuere Mahnung weist nicht nur hin auf das Gold und die Juwelen in den Schatzkästen und Truhen, sondern auch auf die Schätze, die in den Schrankhöchern der Banken liegen. Aber wer kann nach den gemachten Erfahrungen auch glauben, daß diese Mahnung den im nationalen Interesse so notwendigen Erfolg haben könnte! Da kann nur eins helfen: Die zwangsweise Enteignung, die Belagernahme!

Leiderig war es gerade in dieser Zeit sehr unverhofft, daß die Photographie einer deutschen Fürstin in allen Blättern kam, die über und über mit Berlin behangen war — und ihre schönen Sachen also auch noch nicht abgeliefert hatte.

Zur Milderung der Wohnungsnot wird uns von einem Bewohner des Burgtores folgender Vorschlag gemacht:

In der unteren Kramstraße und am Ritterhof sind eine Anzahl Wohnungen vorhanden, die von den Eigentümern nicht vermietet werden dürfen, weil sie keine Wassers- und Siedestellung haben. In den alten Häusern, die vor dem Inkrafttreten des fragl. Gesetzes gebaut sind, dürfen die Wohnungen vermietet werden; hier in den schönen, neuen Häusern aber nicht. Lehnshäuser dürften es auch vor den anderen Toren liegen. Wäre es nun nicht an der Zeit, angehoben der Wohnungsnot diese Wohnungen jetzt freizugeben?

Wir möchten diesen Vorschlag den maßgebenden Stellen der bringenden Beachtung und Prüfung empfehlen.

Kleinverkaufspreise für Marmelade.

Der Kleinhandel hat oft darüber geklaft, daß ihm beim Verkauf von Marmelade wenig oder kein Nutzen verbleibe, weil der Einzel- und Auswiegeverlust zu erheblich sei und die Verpackung nicht zu dem von der Kriegsgeellschaft für Obstkonserve und Marmeladen angenommenen Betrage verwertet werden könne. Die vorgebrachten Beschwerden mußten noch sorgfältiger Prüfung als gerechtfertigt anerkannt werden. Dementprechend ist der Kleinverkaufspreis für die künftig zu verteilende Marmelade von 20 Pf. auf 92 Pf. für das Pfund erhöht. Gleichzeitig fällt die Bezugsscheide mit 1 M. für den Zentner weg.

Muß denn jede Besteuerung auf die Konsumen abgewälzt werden? Konnte man in diesem Falle nicht den Produzenten, den Marmeladenfabriken, die doch in der Kriegszeit erhohte Gewinne erzielt haben, die Mehrbelastung aufzuhalten?

Geschäftsbericht des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Lübeck, für das Jahr 1917. Die Beschäftigung in der Metallindustrie war im ersten Halbjahr gut, die Nachfrage nach Facharbeitern noch immer sehr lebhaft, dagegen lamen im letzten Halbjahr Entlassungen, insbesondere von Arbeitern, wegen Mangels an Aufträgen und Rohmaterial vor. In den letzten Wochen des Jahres wurde die Arbeitszeit wegen Mangels an Kohlen und Strom in einigen Betrieben verkürzt, was einen großen Lohnausfall für die Arbeiter brachte. Anerkannt soll werden, daß einige Unternehmer den Lohnausfall teilweise erledigen. Es sind Schritte unternommen um festzustellen, wer den Lohnausfall zu tragen hat. Auch unser Vorstand hat eine Einigung am den Reichstag, Bundesrat und Reichskanzler gerichtet auf Errichtung eines Notgesetzes. Dieses Notgebot verlangt die Aufhebung aller Vereinbarungen und Arbeitsnormen, die dem § 615 des Bürgerl. Gesetz entgegenstehen. Mit der Einlegung von unfreiwilligen Forderungen ist künftig mehr als bisher zu rechnen und daher eine rechtsgerichtliche Regelung dringend notwendig. (Inzwischen ist die Streitfrage durch Bundesratsbeschluß vom 31. Januar teilweise erledigt. Die Arbeiter können sich mit diesem Beschlusse aber nicht zufrieden geben, weil nur diejenigen, die wegen Kohlenmangel unfreiwillig feiern müssen, den Lohnausfall teilweise erlegt erhalten. Dann gilt der Beschluss auch nur für die Arbeiter der triegswichtigen Betriebe der Rüstungs- und Ernährungsindustrie.) Lohnbewegungen mit Gewerbeinrichtungen taugen nicht vor. Dagegen wurden in allen Betrieben Forderungen auf Lohnsteigerung, Erhöhung der Arbeitspreise und der Leistungszulagen gestellt, die durchweg Erfolg

Der amtliche Kriegsbericht.

Paris mit Bomben belebt.

WTB. Großes Hauptquartier, 9. März. (Amtlich.)

Weltlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Beide seitige Erkundungstätigkeit führt östlich von Marxheim, am Southourser Wald, nordöstlich von Gevelsberg und auf dem Nordufer der Lys zu heftigen Infanteriegeschäften. Zahlreiche Gefangene wurden eingefangen.

Vielfach lebhafter Feuerkampf, der sich am Abend besonders an der sandsträndigen Front nördlich von der Scarpe verschärfte.

An der Front der Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht lebte die Geschäftstätigkeit nur an wenigen Abschnitten auf.

Zur Vergeltung für feindliche Bomben-Abwürfe auf die offenen Städte Trier, Mainz und Würzburg am 19. und 20. Februar haben unsere Flugzeuge in der Nacht vom 8. zum 9. März Paris erneut mit Bomben angegriffen und große Wirkung erzielt.

Osten.

Bandenlämpse nördlich und südlich von Birzula an der Bahn Schwinken-Dessau. Die Banden wurden verstreut. An den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.

Endendorff.

Jünghundert neue Mitglieder,

darunter

einhundertfundsechzig Frauen,

haben sich seit dem 15. Februar — also innerhalb Monatsfrist — in den

Sozialdemokratischen Verein Lübeck

aufnehmen lassen, und über

400 neue Abonnenten

für den „Lübecker Volksboten“ sind gewonnen worden.

Das ist der beste Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft sich bewußt ist, welche Anforderungen der Kampf um den Frieden und die Freiheit im Innern, die immer schärfere Formen annehmen, an sie stellt. Es gilt, der „Vaterlandspartei“ — in der sich die konservativen, vollauswuchernden Agrarier und die durch ungeheure Kriegsgewinne gestärkten Industriellen gesammelt haben — wirklich entgegenzuarbeiten und die Regierung anzuhalten, die dem Volke gegebenen Versprechen bezüglich der Neuorientierung einzulösen. Es gilt ferner, die zur Beendigung des Völkermordens am besten dienende Friedensresolution der Reichstagsmehrheit unter allen Umständen in die Tat umzusetzen. Dazu trägt am meisten die Vergroßerung unseres Einflusses durch Machtzuwachs — also durch die Stärkung unserer Parteiorganisation und der Arbeiterpresse — bei.

Parteigenossinnen und Genossen! Läßt darum in eurer Werbearbeit für die Partei und für euer Blatt keine Pause eintreten. Die Zeit ist günstig. Die gegenwärtigen Verhältnisse eignen sich besonders zur Agitationarbeit. Verlangt Aufnahmescheine oder Bestellscheine auf den „Lübecker Volksboten“ — außer in der Geschäftsstelle des letzteren — im Sekretariat des Sozialdemokratischen Vereins, Johannisstraße 50. Auch Sammelstellen zur Stärkung unseres Kampffonds und zur Förderung der Friedenspropaganda können dort in Empfang genommen werden. Parteimitglieder! Nutzt die Zeit! Erfüllt eure Pflicht im Dienste der

Sozialdemokratischen Partei.

Vorwärts an die Werbearbeit!

hatten. In mehreren Fällen und Betrieben konnte eine Einigung nicht erzielt werden, und wurde deshalb der Schlichtungsausschuss als Schlichtungsstelle angerufen, dessen Schiedspruch sich dann beide Teile folgten. Auch die Versorgung der Lebensmittel in den Betrieben wurde durch die Arbeiterausschüsse gefördert. Leider war der Preis mitunter so hoch, daß den Arbeitern es nicht immer möglich war, diese zu kaufen und die Unternehmer vielfach einen Teil der Kosten selber trugen. Bei allen Lohnbewegungen und bei Befreiung von Misshandlungen in den Betrieben zeigte es sich wieder, wie immer, wo die Arbeiter in der übergroßen Mehrzahl gewerkschaftlich organisiert sind, wurden auch die meisten Erfolge erzielt. Es muß deshalb ein Ansporn für unsere Mitglieder sein, auch den letzten unorganisierten Arbeiter und Arbeiterin dem Verband zugliedern. Durch intensive Agitation mehrerer Funktionäre und tätigen Mitglieder konnten wir unsere Mitgliederzahl um 959 erhöhen. Im Jahresabschluß betrug die Mitgliederzahl 1620 männl., 1479 weibl., 59 jugendl. und 17 Invaliden = 3175. Beim Niederschriften dieser Ziffern ist die Mitgliederzahl zwischen so gestiegen, daß der Bestand vom 1. 7. 1914 bedeutend übergetreten ist und jetzt 3335 beträgt. Durch rege Agitation ist es uns gelungen, in Travemünde einen festen Mitgliedsstamm zu schaffen und einen Beitragsträger anzuhaben. Ebenso zeigt es in Kühlungsborn (Hochseefischer) her. Sonst verharrt. Schwerpunkt, hatten wir jetzt großen Erfolg für den Verband. Die in der letzten Woche des Juni stattfindende Generalversammlung in Köln wurde von unserem Geschäftsführer Koll, Ehlers, besichtigt. Ferner nahm er an zwei Konferenzen in Hamburg teil, die sich mit Ernährungsfragen und dem Hilfsdienstgesetz beschäftigten. An einer am 9. 9. stattfindenden Bezirkskonferenz nahmen drei Mitglieder teil, ebenfalls an drei Konferenzen, die sich mit der Lohnbewegung der Werktächter befaßten. Zweimal mußte der Fabrikmeister angerufen werden, wegen Misshandlungen in einem Betrieb. Hilfe wurde zugezahlt und nach Möglichkeit geschaffen. Auch häufige

Streitigkeiten der Mitglieder wurden durch unser Geschäftsführer persönlich oder schriftlich erledigt und niemals ohne Erfolg. Die Kassenverhältnisse sind folgende: die Einnahmen der Hauptstelle betrugen 70 670,37 M., die Ausgaben 32 122,90 M. An Krankenunterstützung wurden 13 656,20 M. an Arbeitslosenunterstützung 2181,45 M. ausgezahlt. Von 1. 8. 14 bis 31. 12. 17 wurden von unserer Verwaltungsstelle 33 412,50 M. an Arbeitslosenunterstützung gezahlt. An Arbeitslose waren im Berichtsjahr zu verzeichneten: 4 männl., 93 weibl. = 97; dieleben waren 3063 Tage arbeitslos. Die Loslastkasse gleicht sich in Einnahme und Ausgabe mit 24 632,41 M. aus. An Unterstützungen wurden 12 111 M. ausgezahlt. Für die Angehörigen der zum Militärdienst gerissenen Mitglieder wurden vom 1. 8. 14 bis 31. 12. 17

Kolleginnen, die im Laufe des Jahres durch den Tod an Reihen gerissen sind, ehrend gedenken. Ferner werden wir auch der Kollegen ehrend gedenken, die durch den Weltkrieg ihr Leben hingegeben müssen. 22 Kollegen wurden uns im Berichtsjahr als gefallen gemeldet. Seit Anfang des Krieges sind 115 Kollegen durch durchbare Weltkrieg zum Opfer gefallen. Leider wird die Zahl der Gefallenen noch bedeutend größer sein, da wir lediglich auf die zweifellos recht läudhaften Meldungen der Angehörigen und Bekannten angewiesen sind.

Das verflossene Jahr war ein Jahr der Mühe und Arbeit, aber auch ein Jahr des Erfolges. Dank allen denen, die im Laufe des Jahres ihre Kraft in den Dienst der Organisation stellten und mit selbstloser Hingabe für sie arbeiteten. Geben wir, auch im kommenden Jahre mit noch größerer Energie täglich zu sein. Getragen von dem vollen Vertrauen der Mitglieder bildet die Organisation ein Bollwerk, das selbst den Einwirkungen eines Weltkrieges, der in der Geschichte sowohl an Umfang als auch an Vernichtungsmöglichkeiten einzig dasteht, zu trocken vermag. Diese Tatsache gibt uns die Gewißheit, daß die Organisation nach Abschluß der Katastrophe eine weitere Entwicklung nehmen wird. Die Arbeiterbewegung wird von neuen riesigen Kräften, die sich aus der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie des Überganges von der Kriegswirtschaft zur Friedensarbeit ergeben, gestellt. Die Lösung dieser Aufgaben im Sinne der Arbeiterschaft steht völles Vertrauen, Einigkeit und Geschlossenheit aller Kollegen und Kolleginnen voraus. Hier muß jeder nach seinen Kräften mithelfen, mitarbeiten und mitmachen, dann wird dieses Ziel erreicht, zum Vorteil der Mitglieder, zum Besten des Verbandes.

Zum Direktor des Johanneums hat der Senat den Direktor D. phil. Stoote in Strausberg ernannt.

Eine Verordnung über Abgabe von Kraftfahrwagen veröffentlicht das stellvertretende Generalkommando IX. A. K. in heutiger Nummer unseres Blattes.

Konzert. Einen in allen Teilen künstlerischen, wider alles Erwartete genüfreichen Konzertabend bot das Künstlerkino, Herr Professor Gustav Havemann, Fräulein Marianne Rothardt und Herr Professor Andreas Hofmeier, am gestrigen Abend dar. Das der Logesaal (St. Annen) bis auf den letzten Platz ausverkauft war, dafür hatten die Namen der Veranstalter gebürgt, welche ihrem Auftreten ein äußerst abwechslungsreiches Programm zugrunde legten. Herr Professor Havemann stellte sich als ein vollendetes Violinkünstler vor, der gleich in der Sonate in G-Dur von Brahms bewies, daß er ein Meister seines Instruments ist, dem er in allen Lagen gefühl und temperamentvoll die klängvollen Töne entlockte. Die „Comédie G-Moll“, eine Bildung des Komponisten Max Reger an Professor Havemann, die „Variationen für Violine und Klavier“ von Jos. Joachim, sowie der „Ungarische Tanz“ und „Gramontland“ trugen dem Vortragenden einen stürmischen, langanhaltenden Beifall ein, wodurch sich derlei zur Zugabe veranlaßt führte. Fr. Marianne Rothardt, eine Hamburger Sängerin, brachte eine Auswahl schöner Lieder ersten und heiteren Inhalts von Robert Franz und Johannes Brahms zu Gehör, wobei ihr die gleichmäßig klöne, gut anstrechende Sopranstimme vollen Erfolg sicherte. Nicht allein in stilistischer Hinsicht, sondern auch im Vortrag vertrieb die jüngste Künstlerin die Gefühle des Dichters gleichwidrig zu geben. Endloser Beifall und Blumenpenden waren die verdiente Anerkennung. Herr Professor Hofmeier, aus sonstigen musikalischen Aufführungen den Konzertbesuchern gut bekannt, begeisterte am Klavier und trug durch seine Mitwirkung zum Gelingen dieser Veranstaltung in vorzüglicher Weise bei.

Abgabe von Sämereien. Der Ausschuß für Kriegshilfe, Abteilung Kleingärten, beginnt am Montag, dem 11. März, mit der Abgabe der Sämereien. Die Abgabe erfolgt nur gegen Vorlegung der bei der Anmeldung in Empfang genommenen Nummernkarten. Die Reihenfolge der Nummern ist im Anreigeteil aufgeführt. Auf Nummernkarten, welche nicht an den für die Abgabe festgesetzten Tagen vorgelegt werden, können erst vom 2. April ab Sämereien ausgetauscht werden. Um bei der Abgabe der Sämereien unnötige Verzögerungen zu vermeiden, ist es ratsam, die gewünschten Arten nach Mengen der Sämereien schriftlich anzugeben. Alle Säckchen, Säckchen, Borse, Säcke, Tomaten sollen nicht als Sämereien, sondern nur geeigneten Zeit als Pflanzen abgegeben werden.

Stadttheater. Spielplan für die nächste Woche: Sonntag: „Die Nüdin.“ Montag: Konzert. Dienstag: „Kater Lampe.“ Mittwoch: „Gordofästkin.“ Donnerstag: „Mignon.“ Freitag: „Lieoland.“ Sonnabend: „Kater Lampe.“ Sonntag: „Friedo.“

Haasa-Theater. Auf die heutige, Sonnabend, stattfindende Aufführung von „Filmzauber“, Ehrenabend für Fr. Lotte Kroll, machen wir an dieser Stelle nochmal aufmerksam. Die Operette wird am Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag nächster Woche wiederholt. Mittwoch und Freitag wird vielfach geäußerte Wünsche zu folge nochmals „Förster Christel“ gegeben. Am Sonntag nachmittag gelangt ein hier noch nicht gegebenes Böhmisches Märchen: „Eindäuglein, Zweidäuglein und Dreidäuglein“ zur Aufführung.

Altona. Spionage. Nach zweitägiger, nicht öffentlicher Verhandlung wurde der schweizerische Staatsangehörige Ernst Ullmann aus Solothurn, bisher in Hamburg, Bundeskreis 282, wegen Landesverrat und Spionage zu 12 Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf gleiche Dauer verurteilt.

Hafum. Großer Fischtagen. Dem Husumer Fischereifabzeug „Delta“ ist vorgestern durch einen überreichen Fang von 18 000 Pfund Heringen das Netz zerissen worden. Die alten großen Hänge sind in der letzten Zeit schon verschiedentlich auch anderen Fischern verhängnisvoll geworden; um das Schiff vor dem Kentern zu schützen, mußten sie die kostbaren, übervollen Netze, in denen die Heringe mauernd standen, kappen und mit ihrem überreichen Fang preisgeben.

Neueste Nachrichten. Die neue Kreditvorlage. Dem Reichstag wird in den nächsten Tagen eine neue Kreditvorlage gegeben. Diese Vorlage wird vermutlich bereits am nächsten Mittwoch im Hauptausschuß beraten werden.

Nürnberg, 8. März. „Daily Mail“ meldet aus Tianjin vom 5. d. M.: Die Polizeiwelt haben 18 Kilometer westlich von Mandchukou an der Nordwestgrenze der Mandchukou die Eisenbahnschule der kaiserlichen Wacht in die Luft gesprengt. Auch die Eisenbahnschulen müssen dort aufgebrochen sein. Die Reise des Diplomaten aus Petersburg nach dem Osten wird daher vermutlich verzögert.

Reuter berichtet aus Shanghai: Chinesische Truppen sind von Charbin nach der Grenze abmarschiert.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Dr. Schwartz

Warenausgabe

in der Woche vom 11. bis 17. März 1918.

1. Auf die Bezugskarte des Lebensmittelkartenheftes und die Lebensmittelliste.

Butter: Abschnitt 18 80 Gramm Auslandsbutter zum Preise von 80 Pfg.

Speisefett: 16 40 Margarine zum Preise von 18 Pfg.

Zucker: 19-23 je 125 Gramm Zucker.

Mühlenfabrikate: 18 100 Gramm Weizengrieß zum Preise von 82 Pfg. für $\frac{1}{2}$ kg.

Morenkarte: 81 125 Gramm Sirup zum Preise von 60 Pfg. für $\frac{1}{2}$ kg

(Sowohl vorrätig.)

32 200 Gramm Marmelade zum Preise

von 92 Pfg. für $\frac{1}{2}$ kg.
Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes sind Butter, Speisefett, Zucker, Mühlenfabrikate und Aufstrichmittel in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsherrn erfolgt ist.

Auf die Lebensmittelliste dürfen diese Waren nur in den auf der Rückseite der Karte vermerkten Geschäften verabfolgt und entnommen werden.

2. Auf die Warenausgabe für Militärsoldaten vom 11. bis 17. März 1918.

Ganze Wochenmenge 80 Gramm Auslandsbutter, 40

Gramm Margarine, 125 Gramm

Zucker, 100 Gramm Weizengrieß,

200 Gramm Marmelade.

15 Gramm Auslandsbutter, 20

Gramm Margarine, 75 Gramm

Zucker, 50 Gramm Weizengrieß,

100 Gramm Marmelade.

Die Ware ist in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten Geschäften zu entnehmen.

3. Auf die Getzusatzkarte für Schwerarbeiter. Abschnitt 42

250 Gramm Käse zum Preise von 62 Pfg.

4. Auf Butterbezugskarte, $\frac{1}{2}$ der höchstzulässigen Bezugsmenge und zwar 3 Teile in Auslandsbutter und 4 Teile in Margarine.

Lübeck, den 8. März 1918. (988)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend die Abgabe von Kartoffeln.

Der Ausschuss für Kriegshilfe bestimmt hierdurch:

I.

Vom 11. bis 17. März ds. Jrs. dürfen auf Abschnitt 24 der selben Kartoffelkarte 7 Pfund Kartoffeln entnommen und abgegeben werden.

II.

Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 9. März 1918. (1007)

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Bekanntmachung

betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 11. bis 17. März 1918 werden 250 gr Rindfleisch oder 500 gr Kürbismurst oder 250 gr angeräucherte oder 200 gr Dauerwurst, auf die Kinderkarte die Hälfte, ausgegeben.

Lübeck, den 8. März 1918. (989)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend Ausstellung von Fettabscheidern.

Nach den Bundesratsverordnungen vom 13. April 1916 und 3. Mai 1917 (Reichsgesetzblatt Nr. 74 und Nr. 87) sind alle in Gas- und Wärmeanstalten, Speiseanstalten, Schlachthöfen, Darmfleimereien, Fleigereien, Wurstfabriken, Konserverfabriken, Krankenhäusern, Lazaretten und ähnlichen Betrieben durch Fettabscheider oder andere Weise gewonnenen Fettwasser- und Klärablauffette dem Kriegsausitus für pflanzliche und tierische Öle und Fette G. m. b. H. in Berlin, anzumelden und auf Verlangen abzuliefern.

Jeder Inhaber solcher und ähnlicher Betriebe, bei denen eine größere Fettausbeute aus Erwägungen zu erwarten steht, ist verpflichtet, auf Anordnung der zuständigen Behörde zur Rückgewinnung der in Abwasser enthaltenen Fette entweder Fettabscheider auf seine Kosten aufzustellen oder deren Aufstellung durch die von der Behörde beauftragten Stellen unter den von der Behörde näher festgestellten Bedingungen zu gestatten. Mit Gefangen bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. wird bestraft, wer den Vorschriften dieser Verordnungen oder den auf ihrer Grundlage erlassenen behördlichen Anordnungen widerspricht.

Auf Grund dieser Vorschriften ergibt sich für das Gebiet der Stadt Lübeck und der eingemeindeten Gebiete folgende Ausführungsverordnung:

S. 1.

Die Inhaber von Gastwirtschaften, Speiseanstalten, Schlachthöfen, Darmfleimereien, Fleigereien, Wurstfabriken, Konserverfabriken, Krankenhäusern, Lazaretten und ähnlichen Betrieben, bei denen eine größere Fettausbeute zu erwarten steht, haben in ihren Betrieben, soweit es noch nicht geschehen ist, Fettabscheider auf eigene Kosten einzubauen und alle gewonnenen Fettabfälle der vom Kriegsausitus für pflanzliche und tierische Öle und Fette mit dem Sammeldienst für Lübeck beauftragten Firma H. Weyer & Co. in Lübeck, Werkstraße Nr. 2, zu den vom Kriegsausitus für pflanzliche und tierische Öle und Fette in Berlin festgesetzten Liefernahmepreisen (Höchstpreis Mk. 100.— für 100 kg) abzuliefern.

S. 2.

Den Betriebshabern wird gestattet, andern des Einbaues eigener Fettabscheider den Einbau von Fettabscheidern durch die Firma H. Weyer & Co. in Lübeck unter den bei dieser und bei der Bauaufsichtsbehörde, Abt. Lieshan, Kl. Bauhof Nr. 15, einzuschenden, vom Kriegsausitus für pflanzliche und tierische Öle und Fette in Berlin im Einvernehmen mit der Baubehörde genehmigten betriebslichen Bedingungen vornehmen zu lassen.

Lübeck, den 8. März 1918. (1012)

Die Baubehörde.

Verordnung über Anhänger von Lastkraftwagen.

KRM. V. 21. 2. 18 Nr. 701/1. 18. A. Z. V. 2. Ann.

Zur Gründ des § 2b des Gesetzes über den Belagerungsfall ordne ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit:

Bei Benutzung von Lastkraftwagen unter 8 t Gesamtgewicht ist die Nutzlast von drei mit unelastischer Bereifung versehenen Achsen zu 8 am Straßenbelastungsfestigkeit gestattet.

Zur freib. kommandierende General v. Falk, General der Infanterie.

Bekanntmachung der Kriegshilfe.

Abtl.: Kleingartenbau.

Die Abgabe von Sämereien

findet statt:

für die Nummern 1—200	am Montag, dem 11. März,
201—400	Dienstag, dem 12. März,
401—600	Mittwoch, dem 13. März,
601—800	Donnerstag, dem 14. März,
801—1000	Freitag, dem 15. März,
	Sonnabend, den 16. März ge-
1001—1200	schlossen.
1201—1400	Montag, dem 18. März,
1401—1600	Dienstag, dem 19. März,
1601—1800	Mittwoch, dem 20. März,
1801—2000	Donnerstag, dem 21. März,
	Freitag, dem 22. März,
2001—2200	Sonnabend, den 23. März,
2201—2400	schlossen.
2401—2600	Montag, dem 26. März,
2601—2900	Dienstag, dem 27. März,

in der Stadtgärtnerei, Mühlendamm 7

vormittags von 8—1 Uhr,

nachmittags von 3—5 Uhr.

Die Sämereien können nur gegen Vorlegung der erhaltenen Nummernkarten abgegeben werden.

Über Arten und Mengen der gewünschten Sämereien ist eine schriftliche Aufzeichnung vorzulegen. (1011)

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Abteilung Kleingartenbau.

Eine Bekanntmachung betr. Abänderung der Verordnung über Feldadressen-Sammlungen

wird durch die amtlichen Zeitungen (Regierung-, Amts-, Kreisblätter vv.) veröffentlicht, worauf hiermit hingewiesen wird.

Der stellv. kommandierende General

v. Falk,

General der Infanterie.

1001)

Bernitt in Lockwisch hat ein paar Zuder Erbsenbusch zu verkaufen. (986)

Paul Stawnitzki.

Wir werden demselben ein treues Andenken bewahren. Er war uns stets ein treuer Kollege. (1006)

Seine Mitarbeiter des Hochöfenwerks.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 11. März, nachm. 2½ Uhr, auf dem Rücknitzer Friedhof statt.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Paul Stawnitzki

(Bezirk 36) am Donnerstag, dem 7. März, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt am Montag, dem 11. März, nachmittags 2½ Uhr, auf dem Friedhof in Waldhufen. 1008 Die Ortsverwaltung.

Am Freitag, dem 8. März, vorm. 10 Uhr, starb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, Bruder u. Schwager, der Bierbrauer

Herm. Spittler

im Alter von 54 Jahren. Bestattet von mir und seinen Angehörigen.

Magdalene Spittler,

1010 geb. Schaefer. Die Beerdigung findet am Dienstag, 12. März, nachm. 3 Uhr von der Kapelle des Vorwerker Friedhofs aus statt. Trauerfeier 2½ Uhr.

Erdarbeiter

gesucht, Baustelle Mois-

linger Brücke. 1013

Bauamt, Abt. Lieshan.

1012

Die Baubehörde.

Verordnung über Anhänger von

Lastkraftwagen.

KRM. V. 21. 2. 18 Nr. 701/1. 18. A. Z. V. 2. Ann.

Zur Gründ des § 2b des Gesetzes über den Belagerungsfall

ordne ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit:

Bei Benutzung von Lastkraftwagen unter 8 t Gesamtgewicht

ist die Nutzlast von drei mit unelastischer Bereifung

versehenen Achsen zu 8 am Straßenbelastungsfestigkeit gestattet.

Zur freib. kommandierende General v. Falk,

General der Infanterie.

Konsumentverein für Lübeck u. Umgegend

c. G. m. b. H.

Die Anmeldung

der neuen Lebensmittelkartenhefte

bitten wir in der Zeit vom 6. bis 11. März in unseren Warenabgabestellen vorzunehmen.

Nur rechtzeitige Anmeldung gibt die Möglichkeit, die zur Verteilung kommenden Waren nach wie vor durch uns zu beziehen.

988

Der Vorstand.

Wer ist Bodenreformer?

Jeder, der weiß, was Bodenreform ist, und nach seiner Überzeugung handelt. „Meiner Meinung nach kann niemand, der der Bodenreform widersteht, sie überhaupt verstanden haben.“ (Tolstoi)

Feldpostkartenbriefe

sind wieder vorrätig.

Buchhandlung Fr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

HANSA - THEATER.

Sonnabend, den 9. März, abends 7¼ Uhr:

Ehrenabend Lotte Rogall.

Filmzauber.

Operette in 4 Akten von Kollo und Bredschneider.

Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Gelehrte Meinung.

Der Abgeordnete Erzberger hat sich in der Statsdebatte des Reichstages das Verdienst erworben, auf die Gefahren der Brekkorruption durch eine neue Organisation der Schwerindustrie hingewiesen zu haben. Im "Berliner Tageblatt" hat Theodor Wolf den Faden fortgesponnen und die Tätigkeit der "Ara", der Allgemeinen Anzeigen-Gesellschaft m. b. H., näher geschildert. Diese Gesellschaft war drei Monate vor Kriegsausbruch mit schwerindustriellem Geld gegründet worden und mit dem Zweck, "Anzeigen aller Art zu vermitteln, ganz besonders aber deutsche Anzeigenaufträge im Ausland auf Grund eingehender Kenntnis der in Frage kommenden Zeitungen und Ablaufverhältnisse zu vergeben." Sehr bald wurde jedoch bekannt, daß ein solches Geschäft nicht lediglich auf Auslandsumsätze aufgebaut werden könnte, man verlegte sich also auf das Inseratenvermittelungsgeschäft im Inland und erhöhte zu diesem Zwecke das Gesellschaftskapital von einer Million Mark auf das doppelte. Gegen all dies würde nichts einzuwenden sein, wenn die Inseratenvergabe nach rein geschäftlichen Gesichtspunkten erfolgte. Dies geschieht jedoch nicht, denn die "Ara" unterhält nebenbei ein sogenanntes deutsches Archiv, in welchem die Zeitungen auf ihre Meinung kontrolliert werden, und bei der Vergabe der Anzeigen werden dann, wie in einem Rundschreiben der Gesellschaft offen erklärt wurde, "die deutschnationalen Gesichtspunkte berücksichtigt."

Die "Ara" hat sich jetzt an das "Berliner Tageblatt" mit einem Schreiben gewendet, in dem sie versichert, sich auf die rein geschäftliche Vermittelung von Inseraten zu beschränken. Diese Versicherung steht aber im Widerspruch nicht nur zu dem schon erwähnten Rundschreiben, sondern auch zu manнigfachen Beobachtungen, die ein Journalist in der letzten Zeit leicht anstellen kann.

Es ist heutzutage kein seltener Fall, daß der Inseraten teil bisher notleidender Blätter plötzlich anzuschwellen beginnt und daß in ihm die unwahrscheinlichsten Dinge zum Kauf angeboten werden, Dinge, für die sich kein einziger Leser des Blattes interessiert. Es kommt sogar vor, daß öffentlich Gegenstände angeboten werden, die überhaupt niemand kaufen darf, weil der einzige Käufer für sie die Heeresverwaltung ist. Der fiktive, d. h. scheinbare Charakter dieser Anzeigen wird dann offensichtlich: man inseriert nicht, um zu verkaufen, sondern man inseriert, um dem Blatt die Inseratergebnisse zuzuwenden, um es finanziell zu unterstützen.

Wenn ein solches Blatt dann gegen Berichtsfehden steht, die unwahrscheinlichsten Annexionen fordert und eine künftig arbeiterfeindliche Haltung zur Schau trägt, so ist das natürlich nichts anderes als der rein idealistische Neuerzeugungsdrang seiner Redakteure; zum mindesten würde der übel anlaufen, der etwas anderes behaupten wollte. Wenn ein Beweis dafür, daß zwischen den Inserateneinnahmen des Blattes und seinen geistigen Ausgaben ein Zusammenhang besteht, wird sich in seinem Falle führen lassen. Die Korruption ist offenbar da, aber sie hat einen so hohen Grad der technischen Kompliziertheit erreicht, daß sie unantastbar geworden ist und sogar mit Eriek zum Injurienten laufen kann, wenn man sie in einem besonderen Fall als das bezeichnet, was sie ist.

Hand in Hand mit diesem Nutzennehmen geht ein anderes, das darauf gerichtet ist, einflussreiche Zeitungen durch Ankupf direkt unter die Herrschaft der Schwerindustrie zu bringen. Auf Geld kommt es den Herrschaften nach der großen Ernte dieser Kriegsjahre nicht im mindesten an, und mancher bürgerliche Zeitungsverleger, der sich durch die Kriegsnöte schlecht und recht durchgeholt hat, ist schon in schwere seelische Bedrängnis geraten, wenn ihm auf einmal für sein Blatt eine Kaufsumme angeboten wurde, die den wirtschaftlichen Wert zweifellos um ein Bedeutendes überstieg. In solchen Konflikten offenbart sich dann die ganze Schändlichkeit einer Gesellschaftsordnung, die alles zur Ware erniedrigt hat, auch die öffentliche Meinung.

Man kann sich diese Entwicklung bis zu dem Punkt durchgeführt denken, wo der Staatsbürger überhaupt nicht

mehr imstande ist, sich anders über öffentliche Angelegenheiten zu unterrichten als aus Blättern, die von einer Interessengruppe gefälscht sind. Das würde dann bedeuten, daß diese Interessengruppe ein unbefrchteter Herrscher im Staate würde, als es nur je ein Zar gewesen ist.

Was kann die bürgerliche Presse tun, um sich der Gefahr einer solchen Herrschaft zu entziehen? Es ist ohne weiteres anzuerkennen, daß einige große bürgerliche Blätter, die finanziell auf gesicherter Grundlage stehen, für absehbare Zeit gegen alle Lodungen der Korruption gefestigt sind. Für die große Masse der mittleren und kleineren Presse trifft das aber nicht zu. Einem gewissen Schutz könnten auch die Berufsvereine der bürgerlichen Journalisten gewähren, nur müßten sie ganz anders auftreten als bisher, den Anstellungsvertrag zwischen Verleger und Redakteur auf eine ganz andere Grundlage stellen, sie müßten langfristige Verträge schließen, die den Redakteuren die volle Meinungsfreiheit gewährleisten, und deren Buch durch sehr hohe Konventionalstrafen — die den Redakteuren zugleich ein höheres Maß bürgerliche Erfolgsfähigkeit verschaffen würden — all abhängen. Durchgängig wird sich auf diesem Wege nicht erreichen lassen, daß sich die Redakteure dem Verleger gegenüber immer als der schwächere Teil erwiesen haben, doch würden alle Versuche in dieser Richtung zu begrüßen sein und Förderung verdienen.

Die einzige wirkliche Sicherung gegen die Überschlüpfung der öffentlichen Meinung durch die kapitalistische Korruption bietet die Existenz einer sozialdemokratischen Presse. Das sozialdemokratische Blatt gehört keinem Kapitalisten, sondern einer Organisation, durch deren antikapitalistische Politik seine Richtlinien vorgeschrieben sind, für korrupte Einflüsse ist es seiner ganzen Natur und Anlage nach nicht erreichbar. Indem sich die Sozialdemokratische Partei ihre eigene Presse schuf, hat sie dem ganzen Volk ein Geschenk gemacht, dessen ungeheure Wert vielleicht erst eine spätere Zeit ganz erkennen wird. Darum ist auch der Kampf um die sozialdemokratische Presse ein Kampf um eine allgemeine Volksstufe und in diesem Bewußtsein soll er von jedem ihrer Leser geführt werden!

Die Militarisierung der Daimlerwerke.

Der Haupthausschluß führte am Freitag zunächst die Aussprache über die Liquidationen in Rumänien zu Ende. Der Antrag Dr. Cohn, diese Liquidationen rügungswürdig zu machen, wurde abgelehnt.

Abg. Pieschling berichtete dann über die Verhandlungen des Unterhausschusses über Preistreibereien, insbesondere in der Automobilindustrie. Redner befürwortete eingehend den ausschließenden Fall der Daimlerwerke. Durch einen entlassenen Beamten ist festgestellt worden, daß der Direktor dieser Werke Kalkulationsaufstellungen nachträglich hat ändern lassen, um die Prüfungskommission zu täuschen. Nicht nur die Materialpreise, sondern auch die Löhne wurden nachträglich höher angegeben. Das hat Veranlassung dazu gegeben, daß der ganze Betrieb sofort unter militärische Leitung gestellt wurde, um weitere Fälschungen zu verhindern. Die Firma stellt in der Hauptstadt Flugmotoren her. Sie verlangt für einen Motor, die an sich schon bis auf 15 000 M. gestiegen sind, einen weiteren Preisanstieg in der Höhe von 50 Prozent. Der Direktor drohte für den Fall, daß der Preiszuschlag nicht gewährt werden sollte, die Nacharbeit im Werk einzustellen und damit die Leistungsfähigkeit zu vermindern. Eine militärische Kommission, die zur Untersuchung der Sache nach Stuttgart ging, wurde als Vertreter des Unterhausschusses der Abg. Nossle beigegeben. Diese Kommission verhandelte eingehend mit dem Staatsanwalt, der daransetzte ein Strafverfahren gegen den Direktor der Daimlerwerke einzuleiten. Der Redner stellte fest, daß die Daimlerwerke an den Motoren allein im Jahre 48 Millionen Mark verdienten. Er beantragte dann im Namen des Unterhausschusses, den Reichsanzahl zu ernehen, schließlich eine Bundesratsverordnung herbeizuführen, durch welche der Reichskanzler ermächtigt wird, die Blücher der Firmen einzusezzen, die mit der Ausführung von Kriegsbelehrungen betraut werden.

General Scheuch wandte sich gegen diesen Antrag, weil die jetzt bestehenden Verordnungen bereits die erforderliche Handhoheit

bleiben. — Den gleichen Standpunkt vertrat Gehérmat v. Simon, der darauf hinwies, daß die Verordnung über die Ausübung wirtschaftlicher Verhältnisse schon durchaus genügend sei. Wenn allerdings eine Firma die Herausgabe der Blätter verzögert, dann kann eine Beschlagnahme nur auf gerichtliche Anordnung erfolgen und auch nur dann, wenn der Verdacht eines strafbaren Handelns besteht. Gehérmat Dr. Mahler vom Waffen- und Munitionsbefüllungsamt berichtete dann eingehend über die Grundätze für die Preisprüfungen bei Lieferungen für die Heeresverwaltung.

Abg. Nossle: Die Heeresverwaltung hat zu Anfang des Krieges geglaubt, durch höhere Preise zur Produktion in Kriegsmaterial anreizen zu müssen. Das hat dazu geführt, daß von einer Anzahl Unternehmungen geradezu nahezu Gewinne gemacht worden sind und insbesondere gilt das von der Herstellung von Automobilen und von der Errichtung von Motoren. Was an den amtlichen Stellen an Kontrolle geleistet wurde, war ganz zweitklassig vollkommen unzureichend, sonst hätte es nicht eintreten können, daß einzelne Firmen ihre Gewinne in der enormen Weise steigern konnten. Den einzelnen Kriegsindustrien sind ganz unmäßige Zuschläge gezahlt worden, ohne daß eine Sicherung dafür geschaffen wurde, daß das Reich wieder ganz oder teilweise an freiem Gewerbe kommen könnte. Die vom Reichstagler eingesetzte Kommission für die Nachprüfung der Kriegsleistungen hat bisher immer noch nicht ihre Amtseinstellung über die Lieferungsverträge erhalten für ... Die von den Daimler-Werken erzielten Preise sind von der öffentlichen Meinung schon lange als ungemein hoch angesehen worden. Sie sollten erzielt werden, weil die Heeresverwaltung unbegrenzterweise detaillierte Preise gezaubert hat zu einer Zeit, als mir mit großer Hilfe einzelne Exporte von Motoren hergestellt werden konnten. Die Firma hat auf mehrfache Anforderungen hin die Kalkulationsberechnungen immer verworfen. Schon dieser Umstand hätte auf alle Kalkulationsmaßnahmen unzureichend machen sollen. Statt dessen hat man ganz naiv die höheren Preise weiter gezahlt, bis die Firma schließlich einen Preiszuschlag von 50 Proz. forderte. Die Militärsverwaltung hat diese Forderungen nicht ohne weiteres schriftlich zurückgewiesen, sondern hat es erst darauf ankommen lassen, ob der Geister der Daimler-Werke mit einer Produktionseingrenzung zufrieden ist. Dieses Vorhaben des Leiters der Daimler-Werke charakterisiert sich geradezu als Barbiererei, denn in einer Zeit, in der wir in den verschiedenen Kämpfen stehen, sollten auf diese Weise die Herstellerungen verlangsamt werden. Eist als den Herren der Militärsierung dieses Werkes ergebrochen wurde, haben sie erklärt, nun einer Einschränkung Abschied zu nehmen. Eine militärische Kommission, die nach Statistiken geriet, hat dort eigentlich nichts eingeschritten, wie sie hätte eingreifen sollen. Es war notwendig, noch einmal eine Kommission dorthin zu entsenden, und nun das die Staatsanwaltschaft in Stuttgart ein Verfahren eingeleitet und wird die Blücher nachprüfen lassen. Hier liegt zweifellos Betrugsvorwurf und vollenanter Kriegswacher vor. Ob nach dem Freiheitshandlung in dem Wiesbadener Blatte bei dem Strafverfahren viel herauskommt wird, wird allerdings erst abzusehen sein. Bei der jetzigen Militarisierung der Daimler-Werke kommt nur eine militärische Oberaufsicht in Frage kommen. Der Daimler-Werkchef aber stellt sich als eine ganz unrechte Erhebung dar, und es wäre total verkehrt anzunehmen, daß er nur eine Ansicht darstelle und das ähnliches hat nicht wiederholen werden. Im Gegenteil, jahrelange Industrieuntersuchungen zeigen die Güte nur weniger hervorzuheben. Die Kontrolle der Kriegslieferungen muß verdeckt verlaufen, das eine solche Ausplunderung des Volkes unmöglich wird. — General Coopetta gibt zu, daß man durch hohe Preise die Produktion erregt habe, aber anders war der momentan gewaltig ansteigende Heeresbedarf kaum zu definieren. Seitens der militärischen Verwaltung alles getan worden, um die Preise auf einer Höhe zu halten. Die eingerahmten verantwortlich war. Aus den Reihen der Industrie und Beamter zugezogen worden, die allen Maßnahmen zugestimmt haben. Von verdeckten Aufsichten an die Industrie kommt man nicht sprechen, denn die Standardmaßnahmen helfen, einen Teil davon dem Reich wieder zurückzuführen.

Oberst Ochsenkuhn bepricht auch das Verhaftungsproblem und sagt dann ausführlich, wie die Firma bei der Firma Daimler sich im Laufe der Jahre gebildet haben. Die Firma hatte 18 Prozent von ihrem Betriebe herabgelassen, dann aber nachgewiesen, daß ihre Kosten um 31 Prozent gestiegen sind. Die Firma hat dann immer stärkere Motoren gebaut, die natürlich auch entsprechend bezahlt werden mussten. Als die Kriegsgewaltheit der Daimler-Werke bekannt wurden, forderte man Auflösung, die jedoch nur dazu führte, daß die Daimler-Werke eine weitere Preiserhöhung forderten. Den Eiskel haben die Werke dann erklommen, daß sie jetzt unter Drohungen 30 Prozent Zuschlag verlangten. Bei der Gelegenheit haben sie nachgewiesen, daß sie

Handel und Wandel.

Von F. W. Hädlaender.

43. Fortsetzung.

29.

Befehlungsversuche des Herrn Specht.

Über unseren vortrefflichen Buchhalter — vortrefflich in den Augen der Prinzipalität, und als Kaufmann, wie mir Jahren, ohne Tadel — habe ich eigentlich noch gar nichts gesagt. Er war die Seele des Geschäfts und sah ebenso auf Ordnung wie Madame Stieglitz, nur gab er sein Gefallen oder Mißfallen auf ganz andere Art zu erkennen. Jene machte bei einem vor kommenden Fehler ein erstes Gesicht, sagte: "Ei, ei," und sah sich wohl veranlaßt, bei größeren Nachlässigkeiten der Ladenjungfer und mit einem ersten derbke Worte zu sagen, dieser dagegen brauchte nie einen heftigen Ausdruck. Hatte ich ein Etikett unrichtig bezeichnet, zu welchem wichtigen Geschäft ich nach und nach gebraucht wurde, so faltete er die Hände, machte mich mit leiser Stimme auf meinen Fehler aufmerksam und konnte hinzusehen: "Der Herr möge Sie erleuchten!"

Mit der Ladenjungfer schien er nie recht zufrieden; sie war eine arme gutmütige Person aus einem Dorf in der Nachbarschaft und hatte ein unbeholfenes, ja etwas häuferliches Wesen nie recht ablegen können. Auch sahen die Gnade des Herrn, wo von der Buchhalterin viel sprach, nicht bei ihr zum Durchbruch kommen zu können und selbst die frömmsten Reden desselben machten keinen Eindruck auf sie. Wenn sie auf ein ernstes Wort der Prinzipalität einen begangenen Fehler augenblicklich und mit dem besten Willen verbesserte, so konnte sie bei ähnlichem Gelegenheit einen frommen Wunsch des Herrn Specht, sie möge Gott um Kraft bitten, ihre Geschäfte mit mehr Pünktlichkeit bejorgen zu können, mit einem recht bösen Lächeln beantworten, und ich hatte oft schon bemerkt, wie dann aus den sanften Augen des Buchhalters ein giftiger, unheimlicher Blick zuckte. Obgleich sie nichts weniger als schön war, so erschienen doch die Formen ihres Körpers nicht unangenehm; sie war stark und kräftig und handhabte die schwersten Stoffe mit der größten Leichtigkeit.

Den Buchhalter zu nennen, war ihr größtes Vergnügen, und da auch mit der jährlinge, schlechende Person mißfiel, so freute ich mich über alle Streiche, die sie ihm spielte. Waren keine Freuden im Laden, so konnte sie einen schwärmenden Zeug ihm vor der Nase auf den Ladenstisch niedersetzen lassen, daß die Scheiben klirrten und der Buchhalter erstauchen zusammenfuhr. "Gott im Himmel," seufzte er, werden Sie denn nie lernen, eine Sache ganz anzusehen, und Ihr wildes Leben lassen? Es ist doch gar nichts Sanftes, nichts Wohl- und Gottgefälliges an Ihnen." — "Ich will aber auch nicht wohlgefällig sein," lachte die Ladenjungfer höhnisch, "das wissen Sie ganz wohl, Herr Specht." Und

darauf zuckte der gewisse Strahl aus seinen Augen, doch sah er sich, faltete die Hände und sagte: "Geben Sie uns unsere Sünden!" Das Mädchen aber sprang lachend davon und sagte: "Ich habe Ihnen so lange vergeben, Herr Buchhalter." Die Hand deselben zuckte nach der Eile, er nahm sie knapphaft vom Ladenstisch, schlug sie fest und — hing das Instrument ruhig an seinen Platz.

Zwischen diesen beiden herrschte überhaupt ein merkwürdiges Verhältnis, doch war es kein freundliches, und solche Szenen, wie die eben erzählten, waren öfters vor. Eines Abends aber sah ich noch mehr, denn als ich etwas später als die beiden in mein Schlafzimmer ging und leise ohne Licht die Treppe hinaufstieg, bemerkte ich den Herrn Buchhalter und die Ladenjungfer, die eben auf dem Gang zusammen sprachen, sie lachend, er mit leiser Stimme in heftiger Bewegung. "Verachten Sie es," sprach er, "dass Sie sich Zwang an den himmlischen Fäden, der auch in Ihrer Kraft wohnt, zur hellen freundlichen, gottgefälligen Flamme anzubüßen, lassen Sie zerstehen die dunkle Schale, so Ihr Herz umgibt, lassen Sie mich mit sanfter Freundschaft die helle Flamme wahrnehmen. Christentum in Ihnen entzünden, daß das heilige Licht unser beider Leben mit zösigem Schein beleuchte." Das Mädchen lächelte, eifriger sah der Herr Specht fort und schimpfte bedeutend. Ihr Herz, Ihr Gemüt ist kalt, weil es finster ist, ohne belebendes Sonnenlicht! O könnten Sie einmal die Wonne der hastigen Wärme genießen, die durch mein Inneres geht, Sie würden alsdann auf dem Rosenpfade der ewiglichen Liebe fort und fort wandeln, bis ich Sie einführen dürfte in den grünen Schatten der ewigen Hütten, wo das geläutete Herz, nachdem es seine Prüfungen bestanden, sanft gegen einen gleichgesinnten Buchen hölzernd darf." Er hatte bei diesen letzten Worten die Hand des Mädchens ergreift und lächelte sie eifrig, worauf sie angstlich lächelte und erwiderte: "Lassen Sie Ihre Reden, Herr Specht, ich verstehe Sie nicht und es wird mir angstlich dabei."

Diese Angstlichkeit, antwortete der Buchhalter und lächelte feuriger, "die Angstlichkeit entzündet mich, der böse Feind in Ihnen ist erstickt, es wankt das Fundament Ihres Unglaubens, öffnen Sie die Fenster Ihres Herzens und lassen Sie herein das junge rohige Morgenlicht." Er umschlang ihren Leib und legte dringender: "Kommen Sie, Theresie, lassen Sie uns gemeinsam beten, o wie sind die Lippen so holdvoll, wenn sie bewegt von milden christlichen Wörtern, freundlich einem gläubigen Freunde, während das Herz dem Herzen geöffnet ist, ein begeisterter Halleluja tanzt!" Der Busen des Mädchens hob sich heftig, als er fortfuhr zu sprechen: "Und wie würde ich unter dämmers Leben freundlich und gottgefällig gehabt, wenn wir im Grunde vereint des Tages Lust und Mühe gemeinschaftlich

löschen, ich wünschte sie an Ihrem Bett anzutinden." Die beiden wurden mich anständig, da ich die Treppe ganz heraufstieg, und wünschte eine geruhige Nacht und ging in mein Zimmer.

Es war noch früh, und obgleich in meiner Stadt gemäßigkt, sah ich mich hin, etwas zu lesen, doch trat gleich darauf der Buchhalter zu mir und war äußerst freundlich und gesprächig. "Sagen, Schön," sagte er, "dass Sie sich in Ihren Verehrungen beschäftigen, doch sollten Sie nicht mit unruhigen Sünden beschäftigen, doch sollten Sie, statt die Zeit mit unruhigen Sünden zu verderben, eine fromme geistige Lektüre erwählen und Ihr Herz durch die heiligen Lehren der Heiligen Schrift stärken gegen die Verunsicherungen der Welt. Komm Sie zu mir herein, mein Zimmer ist durch die wunderbare Freundschaft der heiligen Prinzipalität erwartet, und da ist es angenehm, denn die Räume ist nicht geeignet, das Herz empfänglich zu stimmen."

War mir der Buchhalter auf der Treppe in kleinen Schritten vorausgegangen, ja lachend, vorgekommen, so magte ich jetzt bei seinem Antritt stehen, doch ich wie früher diesen seltsamen Gesprächsaustausch an ihm bemerkte. Sein Auge glänzte, seine Wangen glühten, und über sein gesamtes Gesicht lagerte der Schein einer wilden Lustigkeit. Ich folgte ihm, und es war das erstenmal, daß ich sein Zimmer betrat. Das erste, was ich bemerkte war eine heilige Atmosphäre, die sich aus einem großen, halbgeöffneten Ofen, das auf dem Tisch stand, entzündete. In der Stube befanden sich etwas bessere Möbel als in der kleinen, und hatte er ein Sofa und einen Ofen, von welchem eine behagliche Wärme ausströmte. Diese Wärme war um so wohltuender, da wir schon Ende November waren und es in den Städten, auffallend kalt war. Ohne die Prinzipalität seinem Bett verwehrte, bis zum, auch half ich ihr in dem geheizten Spezialraum zu bleiben und doch bei einer Lampe zu lesen, ja zog ich es doch vor, abends für mich allein mein Zimmer zu jen, wo ich dann trog der Kälte noch etwas schrieb oder las.

Unserem Hause gegenüber war der größte Saalhof der Stadt und in sonnige Stundenlang an meinem Fenster liegen und beim Tiefen drinnen drüber zuschauen. Wenn darüber so alles erleuchtet war und in jedem Zimmer andere Szenen spielen, den ich öfters in der Dunkelheit zusehen konnte — das war für mich ein eigenartigster Genuss.

Auf dem Tisch des Herrn Specht lag eine ausgeklammerte Bibel und ich sah an der Weiberseite, daß es das Buch des Salomon sei, worin der Buchhalter gelesen. Er lächelte mit einem Stich an den Oberen Fenster zu ergraben, und ich bemerkte dabei, daß er gern bei den Erinnerungen verweilt, die ihm aus den Jahren, wo er bei dem Hause Siedigte und kam, in Amtshand konditioniert, in seinem Zimmer aufzutragen.

Zuletzt hustete ich auf der Treppe und trat eilig heraus.

"Verzeihen Sie, Mameli Therese," sagte da der Herr Specht in ganz unverwundener Tonart aus vorhin, "mit in meine Lampe

zu 11 Prozent verdienten. Das Monopol der Firma Daimler durchbrechen, lag nicht im Interesse des Reiches, denn andere Firmen können nicht billiger produzieren. — Abg. Dr. Stöve (3. Kl.) ging mit den Daimler-Werken schrift ins Gericht. Er sagte aus, daß ein Kaufmannsleistung hätte erkennen müssen, daß entweder die Preisberechnung der Firma oder das ihre Bilanzen gefälscht sind. Denn darüber müßte man sich klar sein, daß wenn die Preisberechnung möglichst darunter knapp gewesen wäre, die Daimler-Werke unmöglich so hohe Dividenden hätten verteilen können, noch weniger aber, daß sie ihr Aktienkapital von 8 auf 52 Mill. Mark hätten erhöhen können. Das die Firma nur 11 Prozent verdiente, war von vornherein völlig unzumutbar. In Wirklichkeit hat die Firma auf ihre Selbstkosten 17,5 Prozent drausgeschlagen. Das Reich ist nicht nur bewußt, sondern auch um unerhört hohe Summen geplündert worden. Zur Bezugnahme aller müßten die so erzielten Gewinne wieder der Reichsfinanz jugeführt werden.

Abg. Dr. Pfeifer (3. Kl.) führte aus, was sich die Firma der Daimler-Werke erlaubte, sei stark und die Geduld, mit der die Flugzeugabteilung den Angaben der Firma Glauber schenkt, sei demnach unverständlich. Das Kontrollrecht sei auf Grund des Belagerungsstaates leicht zu erlangen gewesen. Es sei aber nicht in entsprechender Weise angewendet worden. Den Theoretionen, die im Benehmen mit dem Kriegsministerium die Bücher eingeliter Firmen hätten nachprüfen wollen, sei die Einsicht verbotzt worden. Diese müsse erzwungen werden, nötigenfalls durch Misserfolg der Betriebe. Da von der Firma zweifellos unrichtige Berechnungen vorgelegt worden seien, siege Betrug vor.

Im weiteren Verlauf der Aussprache erklärte Erzberger (3. Kl.), was die Firma Daimler betreibe, sei so unverständlich, daß wohl niemand in Deutschland es für möglich gehalten hätte. In anderen Fällen seien die Militärs nicht so geduldig. Kammerherz. v. Behr-Pinnow sollte in wenigen Monaten ohne irgend welche Leistungen viele Millionen Kriegsgewinn erzielt haben. Die Sache müsse unbedingt aufgeklärt werden.

Weiterberatung Sonnabend.

Städtetag und Wohnungsnot.

Im Berliner Rathaus hat unter Ratsitz von Oberbürgermeister von Borsig-Münzen ein gemeindlichlicher Ausschuss des Deutschen und des Preußischen Städte- und in eingehender Weise alle Fragen verhandelt, die sich auf die Bekämpfung der mit Kriegsende zu erwartenden Wohnungsschwierigkeiten beziehen. In den Beratungen haben auch Stadtbauräte und Städtestatistiker teilgenommen. Man ging davon aus, daß im Reiche, als Gesamtheit genommen, mit einem sehr großen Wohnungsmangel gerechnet werden muß, während es andererseits nach vielen Richtungen sehr ungewiß ist, in welchen einzelnen Städten die Schwierigkeiten sich besonders zeigen würden. Wo aber bald nach Kriegsende gebaut werden muß, da werden die eingreifende Maßregeln die Baukosten so außerordentlich hoch sein, daß später die schädliche Rückwirkung auf die allgemeine Gestaltung der Mietpreise auch in den älteren Häusern und auf die Geländewerte eintragen wird, wobei zunächst nicht verkannt wurde, daß gewisse Mietsteigerungen entsprechend der allgemeinen Geldentwertung sich sicherlich ergeben würden. Als besonders groß wurde auch die Gefahr eingestuft, daß wegen der Un Sicherheit, die aus den übermäßigen Gestaltungsfesten entspringt, weder die Privatbaufähigkeit noch auch die gemeinsame Baufähigkeit rechtzeitig entfalten werden. Deshalb soll an die Reichsregierung und an den Reichstag mit der dringenden Bitte herangetreten werden, Rechtsmittel zur Verfügung zu stellen, um die Uebertragung der ersten nach Kriegsende errichteten Bauten auszugleichen. Außerdem sollen Maßregeln erlassen werden, um die Bereitstellung der wichtigsten Baustoffe, besonders von Holz und Ziegeln, zu angemessenen Preisen für den Kleinwohnungsbau zu sichern. Eine Reihe weiterer Beschlüsse ergeben sich zu einem umfassenden Gesamtplan für die als wichtigste Frage der Übergangszeit bezeichnete Wohnungsversorgung für noch Kriegsende.

Städtische Wohnungsfürsorge nach dem Kriege.

Auf Besuch der Stadtverordneten zu Bielefeld hat sich eine G. m. b. H. zur Förderung des Kleinstwohnungsbaus mit einem Stammkapital von 500 000 M. an dem am Stadt mit 250 000 M. beteiligt, gebildet. In Dortmund ist eine städtische Städtebaus-G. m. b. H. mit einem Kapital von zwei Millionen Mark gegründet worden. An diesem Unternehmen beteiligt ist die Stadt mit 1 200 000 M.

Der dicke Trennungstrich der Unabhängigen.

In Breitweds Korrespondenz „Sozialistische Auslandszeitung“ steht unter dem Titel „Das Bild der Maximalisten“ folgendes: „In dem schmalen Frieden von Brest-Litowsk steht keineswegs Friede. Sie hatten ihre Agitation erfüllt gehabt, das Heer zu demobilisieren und einen schwachen Frieden zu fordern. Damit hatten sie natürlich einen sozialistischen Frieden unmöglich gemacht, denn bei Verhandlungen im Kriege hat nicht die Dialektik des Heeres, sondern die Dialektik der Russen das lechte Wort. Das kommt für die Bolschewiki im Voraus gegen.“

Beide Seiten erkläre diese Kritik an der Trotzkist-Politik schon deshalb für notwendig, weil die Bolschewiki teilweise der russische Sozialismus seien, und weil man den anderen sozialistischen Richtungen der russischen Sozialdemokratie unrecht treiben, man die Fehler der Bolschewiki bekräftige. Die großen Kräfte an Kriegsmaterial, welche die bolschewistischen Truppen jetzt besaßen, deuteten darauf hin, daß die Bolschewiki das Land durchaus inverteidigungsfähigen Zustand bringen könnten. Sollten diese harten sozialistische Defekte herausgegeben, die lediglich auf dem Papier blieben und die Produkt-

ion und den Verkehr nur lärmten und zerstörten. „Der Sozialismus läßt sich am wenigsten in einem industriell nur erst schwach entwickelten Lande in ein paar Monaten verwirklichen. Die unmittelbare Wirkung ihrer sozialistischen Experimente ist eine weitere ökonomische Schwächung des Landes gewesen, und konnte bei dem Fehlen so vieler Voraussetzungen nach Lage der Dinge auch nichts anderes sein.“ Die Hoffnung der Bolschewiki auf eine deutsche Revolution sei nichts als kindischer Selbstbetrug gewesen.

So Eduard Bernstein!

In der selben Nummer der „Sozialistischen Korrespondenz“ wird unter der Überschrift „Fraktion Drehselbe“ Otto Braun fürchterlich heruntergemacht, weil er in zwei Artikeln über die Methoden der Bolschewiki genau dasselbe geschrieben hat, wie jetzt Bernstein. Braun wird deshalb ein Nero, ein Judas, ein Pontius Pilatus, ein Drehselbe-Bolschewik, ein politischer Schleichhändler und noch vieles andere geschimpft, und ihm jedes Recht abgeworfen, sich auf die anderen sozialistischen Parteien Rußlands zu berufen.

Bernstein darf also den dicken Trennungstrich gegen die Bolschewiki ziehen, aber wenn Otto Braun es tut, ist er ein Lump. So schreibt es die Politik der Unabhängigen vor.

Die Kosten des Weltkrieges.

Über 622 400 000 000 M.

Morges Handels- og Sjøfartstidende bringt darüber eine Statistik, anscheinend aus amerikanischer Quelle:

Es wird unmöglich sein, in Geldeswert auszurechnen, was der Weltkrieg an wirtschaftlicher Vernichtung und an reinen militärischen Ausgaben geflossen hat. Der der Zivilisation zugefügte Schaden kann nicht mit Geld gemessen werden, auch nicht die Verluste an Menschenleben. Auch über die militärischen Ausgaben allein kommen die verschiedenen Autoritäten zu ganz verschiedenen Zahlen. Man hat indessen annähernd zuverlässige Angaben über die direkten Ausgaben von Anfang des Krieges bis Neujahr, und diese stellen sich (in Dollar berechnet) folgendermaßen:

	Zusammen
Die Vereinigten Staaten	6 700 000 000
Großbritannien	26 250 000 000
Frankreich	19 600 000 000
Rußland	17 700 000 000
Italien	5 850 000 000
Belgien, Serbien, Rumänien und Portugal	5 500 000 000
Verband:	81 600 000 000
Deutschland	23 750 000 000
Österreich-Ungarn, Türkei und Bulgarien	16 400 000 000
Mittelmärkte:	40 150 000 000
Zusammen:	121 750 000 000

Die täglichen Unfosten vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1917 wären demnach im Durchschnitt (in Dollar):

1914	52 700 000
1915	71 800 000
1916	97 700 000
1917	142 000 000

Gesamtdurchschnitt 97 000 000

Es sind keine Anzeichen dafür vorhanden, daß der Krieg bald aufhören wird, aber ein Versuch, die Ausgaben für die folgende Zeit zu berechnen, dürfte Interesse haben. Würde der Krieg bis zum 1. August 1918 fortgesetzt werden, so werden die direkten Ausgaben für die jetzt Kriegsführenden — auf der Grundlage vorliegender prozentueller Steigerung — nunmehr täglich 159 000 000 Dollars — 58 150 000 Dollars (richtig müßte es heißen 33,7 Millionen, Red.) mehr betragen, und das würde zusammen für die vier Kriegsjahre 155 600 000 000 Dollars ergeben.

Mit dem zehnten Teil dieser ungeheuren, kaum vorstellbaren Summe, die für den Fortsied Krieg ausgegeben ist, hätten sich Rüstung und Errichtungen braffen lassen, die von dauerndem Nutzen für die Menschheit gewesen wären. Millionen von Menschen hätte das Leben erträglicher gestaltet werden können.

Bilder von den Inseln.

Es gab eine Zeit, da schienen die Inselninseln zu einem Ziel des Touristenstroms werden zu wollen. Mariehamn, die Hauptstadt des „festen Inlands“, der Hauptinsel der ganzen Gruppe, hatte sich zum Badort entwidelt, und das liebliche, etwa tausend Einwohner zählende Städtchen wurde nicht nur von Finnland und Schweden her, sondern auch von manchem im Norden reisenden Ausländer besucht. Und es lohnte den Besuch, dies Mariehamn mit seinem schönen, milden, würzigen Klima, seinen freundlichen Gärten, seinen Blühblüten, vor Sauberkeit strahlenden Häuschen und seiner freundlichen, aufrechten Bewohnerung. Aber die Zwangsherrschaft Bobrikoff triebte die junge Blüte der Stadt; von den für die Fremden erbauten Häusern blieben viele leer stehen, und die mit großen Kosten errichtete Kuranstalt brachte kaum die Auslagen ein. Vielleicht aber, daß die bedeutenden gesellschaftlichen Ereignisse der jüngsten Zeit, die die Inselninseln zu einem Mittelpunkte des allgemeinen Interesses gemacht haben, neuen Anteil für sie werden und manch einen verlassen werden, sich diese merkwürdige nordische Inseln einmal mit eigenen Augen anzusehen.

Wertvoll und sehenswert genug sind die Inselninseln mittelst dieser aus hunderten von bewohnten Inseln und Tausenden und aber Tausenden von Holmen, Klippen und Schären zusammengesetzte, nach allen Richtungen von unzähligen Buchten, Fjorden und Sunds förmlich zerstreute und zerstreute Archipel. Ein merkwürdiges ist die Inselgruppe gegen die Ostsee gelegen, wo sie gegen das finnische Festland hin einen ganzen dichten Schwarm von Inseln und Schären ausstendet. Bewohnt sind von diesen Inseln im ganzen nur 150, und das Herzstück der Gruppe bildet das erwähnte „feste Inland“. Aber auch in diesen kompakten Landkörper der ganzen Gruppe dringt das Meer von allen Seiten her mit steilen und zum Teil auch breiten Buchten, Fjorden und Sunds zerstreut ein. Die Inseln bestehen aus demselben Granit, aus dem das finnische und das schwedische Festland aufgebaut sind; sie zeigen ein bemerktes Gelände, das in der höchsten Erhebung, dem Oderdalsknit, bis zu 132 Metern aufsteigt, und so liegt es fast wohl denken, daß sie dem Naturkreislauf eine Reihe fehlender und wechselnder Bilder bieten. Ganz verschieden aber ist dabei die Landschaft des festen Inlands und die der Schären. Dort ist der Eindruck wesentlich freundlich, denn

die festen Inländer haben, seitdem ihrer blühenden Schiffahrt durch das Dampfschiff der Garde gemacht worden ist, sich mehr und mehr an den Ackerbau gewöhnt, und ihre Insel ist jetzt erfüllt mit fruchtbaren Acker- und laktig-früchten Wiesen, durch die wohlgehaltene Landstraßen an gemütlichen Dörfern und alten Herrenhäusern vorüberflieht. Draußen im Schärenhof aber brandet das Meer an wilden, kahlen, glatzschliffenen Klippen, und da lebt eine wetterharte Bevölkerung ein schweres Leben. Jagd und Fischfang bilden ihre Beschäftigung, die Frauen arbeiten wie die Männer, einsönig ist das Leben, nur ein bis zweimal im Jahre wird ein Gottesdienst abgehalten, zu dem dann die Männer und Frauen von allen Ecken und Enden herbeikommen, und dann werden die Kinder eines ganzen Jahres getauft und die Toten des Jahres eingezogen.

Die Inländer tragen unverkennbar standartisches Gepräge. Die Männer sind hohe, kräftige Gestalten, breitwulstig und muskulös, von regelmäßigen Gesichtszügen, und auch die Frauen pflegen stattlich und wohlgebildet zu sein. Auf den Straßen drausen pflegt freilich das harte Leben ihre Züge frühzeitig streng und scharf zu prägen. Die Inländer betrachten sich selbst als Hinnen, sprechen aber Schwedisch. Es herrscht eine gute alte Kultur im Bauerntum dieser Inseln; das kann man auf dem festen Inland überall beobachten. Die rotzmalten Bauernhäuser sind geräumig mit hohen, lichten Stuben, von äußerster Sauberkeit und Ordnung, die Betten in den Wänden in zwei bis drei Stockwerken angebracht, mit reizlichen Vorhängen versehen, der Boden mit gewebten Matten bedekt. Noch lebt mancher uralte germanische Brauch in dieser abgelegenen Welt des Nordens fort; so steht z. B. fast das ganze Jahr hindurch mitten auf dem Dorfplatz die mit Bändern und Kränzen geschmückte Mittsommerstange, um die zur Mittsommerzeit der Tanz abgehalten wird. Auch die malerische Volkstracht der Inländer wird dank der Bewährungen finnischer Künstler in neuester Zeit wieder mehr gepflegt und getragen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein „Fall Kupfer“ in Breslau. Im Millionenbetrugsprozeß Gohla beantragte der Staatsanwalt gegen Frau Gohla wegen Betrugs 7 Jahre und wegen Beamtenbestechung 1½ Jahre Gefängnis, zusammen 8 Jahre, außerdem 10 Jahre Chorverlust und eine Geldstrafe von 1800 Mark, gegen den Cheman Gohla wegen Beihilfe zum Betrug 3 Jahre Gefängnis, 5 Jahre Chorverlust und 600 Mark Geldstrafe. Frau Gohla wurde wegen Betrugs in elf Fällen, wegen Beamtenbestechung und wegen Lotterievergehens zu insgesamt sechs Jahren Gefängnis, fünf Jahren Chorverlust und 1800 Mark Geldstrafe und der Cheman Gohla wegen Beihilfe zum Betrug in einem Jahre Gefängnis und wegen Lotterievergehens zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht hatte dabei als Strafmildernden Umstand in Betracht gezogen, daß die Gläubiger von Frau Gohla zum größten Teil ihr Schicksal mitverantwortet haben, weil sie stille Teilhaber in dem Wuchergeschäft seien wollten.

Aus Nah und Fern.

Raubverbot auf der Straßenbahn. Der Regierungspräsident in Breslau erließ ein sofort in Kraft tretendes Raubverbot auf allen Straßenbahnen innerhalb und außerhalb der Wagen während der Kriegszeit zur Vermeidung von Brandstiftungen bei der heutigen Überfüllung.

Raubmord an einem Greisenpaar. In Studenberg bei Simbach (Niederbayern) wurden der 81jährige Schwarmacher Seidel und seine 79jährige Schwester, die eine größere Menge Leinwand besaßen, ermordet und bezaut. Ihr Häuschen wurde von den Latern niedergebrannt.

Von einer Lawine verschüttet. Der starke Schneefall verursachte, wie die „M. 3. 3.“ aus Unterallgäu berichtet, im Usertal viele Schneelawinen. In Hörsenthal-Dorf zerstörte eine Lawine einen Stall und beschädigte andere Gebäude. Der junge Barnwald wurde stark beschädigt. Hinter Hörsenthal wurden zwei junge Burschen von einer Lawine überrascht. Der eine ist getötet, während Baptist Benet, etwa 17 Jahre alt, seit gestern immer noch vermisst wird. Ein Stall mit Vieh wurde zerstört. Der Schaden ist noch nicht festzustellen. Von Nealp fehlen Angaben, da alles unterbrochen ist.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Die Zuldin“, große Oper von Scribe, Musik von Halevy. Wenn man einen Vergleich zwischen der vorjährigen Aufführung dieser an Handlung und Musik reichen Oper mit der gestrigen ziehen will, dann muß man trotz des sich immer wiederholenden Beifalles des ausverkauften Hauses am gestrigen Abend sagen, daß diese Aufführung nicht ganz an die vorjährige heranreicht. Weniger ist aufgezogen auf die Darstellende, als auf die gesangliche Kunst. Wir möchten hier auf Einzelheiten nicht eingehen, sondern nur sagen, daß uns die Rollen des Leopold, des Kardinals und zum Teil auch des Eleazar in der vorjährigen Belebung besser gefallen. Gewiß haft Herr Höfer in einzelnen Teilen einen Eleazar von bewundernder Wirkung, was ihm aber bei anderen Partien seiner Rolle trock eifrigsten Bestrebens nicht völlig gelang. Als Rechte war Frau Bella Reynolds zu einem Gastspiel gewonnen worden. Ihr Spiel war von tiefer Leidenschaftlichkeit durchdröhnt und erzielte einen tiefen dramatischen Eindruck. Auch gesanglich bot sie Gutes. Als Leopold hätte Herr Tschirn mehr aus seiner Rolle gefangen und darstellerisch machen können; ihm fehlte die Wärme des Spiels und des Gesangs. Herr Scharrer's Bassstimme scheint uns für Rollen wie die des Kardinals nicht völlig ausreichend zu sein; auch hier läßt sich mehr herausholen. Vorzüglich war die Prinzessin Endora des Fr. Imme; ihr schönes Organ kam hier voll zur Geltung. Auch der Ruggiero des Herrn Schumacher war sehr ansprechend. Die von Fr. Mandrich einstudierten Tänze gelangen sehr gut. Der Chor tat sein Bestes. Herr Kammermeister Weißler beherrschte mit starker Hand Chor und Orchester und hatte durch eine langjährige Einstudierung dafür gesorgt, daß eine im großen und ganzen gelungene und abgerundete Vorstellung herauskam. Die Spielleitung hatte Herr Brischke inne. Das Publikum spendete reichen Beifall und dem Gast viele Blumen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. Schwartz, Frankfurt. Gedruckt in Breslau.

Freizeit im Wallmühle

Hansa-Brauerei A.G.

Leibet.

Trinkt

Lübecker

Vereins-

Brau

Gebrüder Biermanns

Wallstraße 3

Telefon 25-22-22

Bavaria-Brauerei

Burgweg 10a

Neuer Markt

Telefon 31-11-11

Empfehlensw. Geschäft

empfohlen

empfohlen

empfohlen

empfohlen